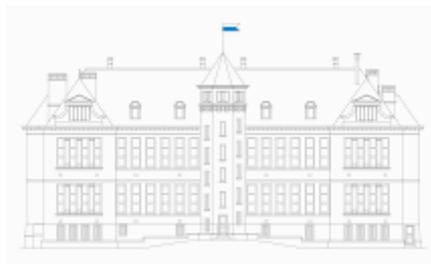


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Inhaltsverzeichnis

POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT.....	5
Ausschuss der Regionen – Europaministerin <i>Beate Merk</i> als Mitglied für nächste Amtsperiode ernannt .	5
Sonderausschuss zur Untersuchung unfairer Steuerpraktiken in der EU eingesetzt	5
Kommission führt neues Transparenzregister ein - für Treffen mit Kommissaren wird die Eintragung Pflicht	5
Kommission legt Fortschrittsbericht für Bulgarien und Rumänien vor	6
EP begeht Internationalen Holocaust-Gedenktag	6
Europäische Parlamentarische Woche in Brüssel	6
STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR BAU UND VERKEHR	7
INNENPOLITIK.....	7
Informeller JI-Rat verabschiedet Rigaer Erklärung zur Terrorismusbekämpfung	7
ASYL UND MIGRATION	8
EuGH-Generalanwalt: Erfordernis einer Integrationsprüfung für langjährig aufhältige Drittstaatsangehörige ist unverhältnismäßig	8
Erstes Europäisches Migrationsforum von KOM und EESC eröffnet	9
TERRORISMUSBEKÄMPFUNG.....	9
EVP-Fraktion schlägt Maßnahmen vor, fordert Fraktionen zur Zusammenarbeit auf.....	9
SCHENGEN	10
KOM berichtet über Fortschritte im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens	10
FEUERWEHREN, RETTUNGSDIENST, KATASTROPHENSCHUTZ	11
EU erhöht Mittel für humanitäre Hilfe in Syrien und den Nachbarstaaten.....	11
KOM genehmigt britische Versicherungsregelung für den Hochwasserschutz	11
VERKEHRSPOLITIK	12
Verkehrskommissarin <i>Bulc</i> fordert europäische PKW-Maut	12
Kommissar <i>Arias Cañete</i> skizziert Agenda zur CO ₂ -Reduzierung im Verkehrssektor.....	12
LUFTVERKEHR	13
MdEP <i>Paet</i> fordert Untersuchung ungeklärter Flugbewegungen in der EU.....	13
EuG erklärt KOM-Beschluss zu Rückforderungszahlungen von durch Irland begünstigten Fluggesellschaften teilweise für nichtig	14
STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ.....	14
Informeller JI-Rat: Geschäftsbereich des StMJ	14
Urheberrecht: Aussprache mit Kommissar <i>Oettinger</i> im CULT-Ausschuss.....	15
Erhöhtes Falschnotenaufkommen in der zweiten Jahreshälfte 2014.....	16



STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN, FÜR LANDESENTWICKLUNG UND HEIMAT	16
Wesentliche Ergebnisse der Sitzung der Eurogruppe am 26.01.2015	16
Wesentliche Ergebnisse der Sitzung des ECOFIN-Rates am 27.01.2015	17
Meinungsaustausch mit Bundesfinanzminister <i>Schäuble</i> im ECON-Ausschuss	18
Winterprognose der Kommission	18
Kapitalmarktunion: Orientierungsdebatte in der Kommission	19
Kommission will Freistellung für Pensionsfonds von der Clearingpflicht verlängern	20
Neue Initiative zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer im Wege der verstärkten Zusammen- arbeit	20
Staatliche Beihilfe: Kommission eröffnet Untersuchungsverfahren gegen Belgien wegen einer Steuerregelung zu Gewinnüberschüssen	21
EuGH hält britische Rechtsvorschriften zum grenzüberschreitenden Konzernabzug für vereinbar mit EU-Recht	21
STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND MEDIEN, ENERGIE UND TECHNOLOGIE	22
WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE	22
Rat diskutiert Legislativvorschläge zum Investitionsfonds für strategische Investitionen (EFSI)	22
Kapitalmarktunion: Orientierungsdebatte in der Kommission	22
Kommission will Freistellung für Pensionsfonds von der Clearingpflicht verlängern	23
AUßENWIRTSCHAFT	23
Achte Verhandlungsrunde zu TTIP in Brüssel	23
EMK trifft Handelskommissarin <i>Malmström</i> in Brüssel	24
EP bereitet Resolution mit Empfehlungen an die Kommission zu TTIP vor	24
Kommission legt Mitteilung für bessere Entwicklungszusammenarbeit vor	25
ENERGIE	25
Orientierungsdebatte der Kommission zur Energieunion	25
Konsultation zur Überarbeitung der Verordnung zur Gewährleistung einer sicheren Erdgasversorgung	25
TECHNOLOGIE UND INNOVATION	26
Konsultation der Kommission zu globalen Erdbeobachtungsdiensten (GEOSS)	26
Horizont 2020: Ergebnisse der Vorauswahl bei Förderlinie zur Angleichung der Forschungsleistungen in Europa	26
STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN	27
Bericht über den Agrarrat vom 26.01.2015	27
Bericht aus der Sitzung des AGRI vom 21.01.2015	27
STAATSMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES, FAMILIE UND INTEGRATION	28
Vorschlag der Kommission für eine höhere Vorfinanzierung im Rahmen der Jugendbeschäftigungsinitiative	28
Niedrigste Arbeitslosenquote im Euroraum im Dezember 2014 seit August 2012	28



Kommission will Freistellung für Pensionsfonds von der Clearingpflicht verlängern	29
EuGH-Generalanwalt: Erfordernis einer Integrationsprüfung für langjährig aufhältige Drittstaatsangehörige ist unverhältnismäßig	29
STAATSMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND KULTUS, WISSENSCHAFT UND KUNST	30
CULT-Ausschuss des EP: Kommissar <i>Oettinger</i> stellt Schwerpunkte vor.....	30
Horizont 2020: Ergebnisse der Vorauswahl bei Förderlinie zur Angleichung der Forschungsleistungen in Europa	31
Deutsche Gewinnerin bei EU-weitem Übersetzungswettbewerb „Juvenes Translatores“ kommt aus Deggendorf	31
STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ.....	32
UMWELT UND NATURSCHUTZ.....	32
Kommission veröffentlicht Ergebnisse der Konsultation zur „No-Net-Loss-Initiative“ der Biodiversitätsstrategie.....	32
Europäische Chemikalienagentur veröffentlicht REACH 2018 Roadmap.....	32
VERBRAUCHERSCHUTZ	33
ENVI fordert Kennzeichnung der Herkunft von Fleisch in Fertigprodukten.....	33
Achte Verhandlungsrunde zu TTIP in Brüssel	33
Europäische Lebensmittelbehörde legt Zoonosenbericht vor	33
Wissenschaftlicher Bericht zur Antibiotikaresistenz veröffentlicht.....	34
STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE	34
EU-Bericht zur Antibiotikaresistenz veröffentlicht.....	34
EMA empfiehlt Verkaufsverbot von 700 generischen Arzneimitteln	35
50 Jahre europäische Pharmagesetzgebung.....	35
IUK- UND MEDIENPOLITIK.....	36
EP: Kommissar <i>Oettinger</i> kündigt bis März 2016 Reformvorschlag zur AVMD-Richtlinie an.....	36
Kommissar <i>Oettinger</i> fordert bei informellem Ministertreffen zügige Kompromissfindung zum TSM-Paket.....	36
EP: Berichtsentwurf zum europäischen Film im digitalen Zeitalter vorgelegt	37
Europäische Rundfunkunion fordert klare Regeln für Netzneutralität	37
Großbritannien fordert zügige Einigung auf einheitliche Regeln für digitalen Binnenmarkt.....	38
IMPALA fordert Kultur als Kernstück des digitalen Binnenmarktes	38
PACE besorgt über Medienfreiheit in Europa	38



POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT

AUSSCHUSS DER REGIONEN – EUROPAMINISTERIN *BEATE MERK* ALS MITGLIED FÜR NÄCHSTE AMTSPERIODE ERNANNT

Zum Beginn der neuen fünfjährigen Amtsperiode des Ausschusses der Regionen (AdR) wurde die Bayerische Staatsministerin für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen, *Dr. Beate Merk*, als ordentliches Mitglied ernannt.

Neben der Staatsministerin ist der Vorsitzenden des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen des Bayerischen Landtags, *Franz Rieger* (CSU), Teil der „bayerischen Delegation“. Er wird die Funktion eines stellvertretenden Mitglieds wahrnehmen.

Die deutschen Länder und Kommunen stellen insgesamt 24 der 350 Mitglieder des AdR. Der AdR tritt formell am 12.02.2015 mit einer konstituierenden Sitzung seine neue Amtsperiode an.

<http://cor.europa.eu/de/news/Pages/cor-welcomes-new-members.aspx>

SONDERAUSSCHUSS ZUR UNTERSUCHUNG UNFAIRER STEUERPRAKTIKEN IN DER EU EINGESETZT

Motiviert durch die sog. LuxLeaks-Affäre um Steuerabsprachen mit multinationalen Konzernen in Luxemburg, haben sich die Fraktionsvorsitzenden des EP am 05.02.2015 für die Einrichtung eines Sonderausschusses zur Aufklärung unfairer Steuerpraktiken in der EU ausgesprochen. Ursprünglich hatte ein Teil der Abgeordneten die Einsetzung eines förmlichen Untersuchungsausschusses gem. Art. 198 der Geschäftsordnung des EP beantragt. Das EP muss dem Vorschlag der Fraktionsvorsitzenden noch formell zustimmen.

<http://www.eppgroup.eu/de/press-release/Tax-fairness-inquiry%3A-special-committee-to-start-work-asap>

KOMMISSION FÜHRT NEUES TRANSPARENZREGISTER EIN - FÜR TREFFEN MIT KOMMISSAREN WIRD DIE EINTRAGUNG PFLICHT

Die Kommission gab am 27.01.2015 bekannt, dass sich Interessensvertreter, die sich mit Kommissionsvertretern treffen oder bei Anhörungen des EP Rederecht erhalten möchten, zukünftig in das Online-Transparenzregister eintragen und dabei Daten wie die Anzahl beschäftigter Personen, den finanziellen Einsatz und die jeweiligen Tätigkeitsfelder der Lobbyarbeit nennen müssen.



Die Bayerische Vertretung ist von der Regelung nicht betroffen, da nach der interinstitutionellen Vereinbarung, auf der das Transparenzregister beruht, von regionalen Behörden und ihren Vertretungen ausdrücklich nicht erwartet wird, sich registrieren zu lassen.

Noch in diesem Jahr wird die Kommission außerdem einen Vorschlag für ein verpflichtendes Lobbyistenregister vorlegen, das die Kommission, das EP und den Rat umfassen soll.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-3740_de.htm

Webseite des Transparenzregisters:

<http://ec.europa.eu/transparencyregister/public/homePage.do#>

KOMMISSION LEGT FORTSCHRITTSBERICHT FÜR BULGARIEN UND RUMÄNIEN VOR

Die Kommission hat die Fortschrittsberichte für Bulgarien und Rumänien zur Korruptionsbekämpfung und zu Justizreformen vorgelegt. Für Rumänien sieht die Kommission Fortschritte, gerade im Bereich der Korruptionsbekämpfung. Diese müssten jetzt verfestigt werden. In Bulgarien hingegen würden nur langsam Fortschritte erzielt. Defizite bemängelt die Kommission insbesondere im Bereich der Korruptionsbekämpfung und der Verfolgung der organisierten Kriminalität (s. auch Beitrag des StMI in diesem EB).

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/13041_de.htm

EP BEGEHT INTERNATIONALEN HOLOCAUST-GEDENKTAG

Überall in Europa gedachten Menschen am 27.01.2015 dem 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers in Auschwitz-Birkenau. Beim Internationalen Holocaust-Gedenktage in Prag mahnte EP-Präsident *Martin Schulz* die Bedeutung von Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenwürde an.

In Brüssel gedachten die EU-Abgeordneten und Mitglieder der belgischen jüdischen Gemeinschaft den Opfern des Nationalsozialismus mit einer Schweigeminute. EP-Vizepräsident *Antonio Tajani* (EVP) aus Italien hob hervor, dass ohne die europäischen Juden Europa nicht länger Europa wäre.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20150127STO16101/html/Internationaler-Holocaust->

EUROPÄISCHE PARLAMENTARISCHE WOCHE IN BRÜSSEL

Am 03./04.02.2015 kamen in Brüssel Vertreter des EP und der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten zur Europäischen Parlamentarischen Woche zusammen. Die Abgeordneten diskutierten zwei Tage lang über Themen aus den Bereichen Wirtschaft, Beschäftigung und Haushalt. Eingegangen wurde dabei u. a. auf den



Zahlungsstau bei den EU-Fördermitteln, aggressive Steuerplanung, Steuerbetrug und Steuervermeidung sowie die Investitionsoffensive der Kommission.

Von deutscher Seite waren u. a. für den Bundestag und als deutscher Delegationsführer MdB *Norbert Barthle* und für den Bundesrat der nordrhein-westfälische Finanzminister *Norbert Walter-Borjans* vertreten.

<http://www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/conferences/european-parliamentary-week.html#>

STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR BAU UND VERKEHR

INNENPOLITIK

INFORMELLER JI-RAT VERABSCHIEDET RIGAER ERKLÄRUNG ZUR TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

Die Justiz- und Innenminister der EU haben am 29.01.2015 beim informellen JI-Rat in Riga weitere Maßnahmen der EU für eine effektivere Terrorismusbekämpfung diskutiert. Grundlagen waren die beim internationalen Minister-Treffen am 11.01.2015 in Paris verabschiedete „Pariser Erklärung“ sowie Vorschläge des EU-Anti-Terror-Koordinators *Gilles de Kerchove* und der zuständigen Ratsgremien. Die Minister verabschiedeten eine „Gemeinsame Rigaer Erklärung“ mit Schlussfolgerungen u.a. zu den Aspekten Radikalisierungsprävention (vor allem im Internet und in sozialen Medien sowie in Gefängnissen), Informationsaustausch zwischen Sicherheitsbehörden, Identifizierung von Reiserouten mutmaßlicher Terroristen, Einrichtung eines effizienten Fluggastdatensatz-Systems (PNR-Richtlinie), Verfolgung und Begrenzung des Zugangs zu Schusswaffen sowie zur besseren Nutzung und Fortentwicklung des rechtlichen Rahmens und der Zusammenarbeit mit Drittstaaten. Die „Gemeinsame Rigaer Erklärung“ soll nun als Grundlage für das Treffen der Staats- und Regierungschefs am 12.02.2015 dienen, bei dem Schlussfolgerungen zur Intensivierung der Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung verabschiedet werden sollen. Die lettische Ratspräsidentschaft hat zudem angekündigt, auf den in der „Gemeinsamen Rigaer Erklärung“ benannten Handlungsfeldern gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und den zuständigen EU-Institutionen Fortschritte erzielen zu wollen.

Weitere Informationen:

„Gemeinsame Rigaer Erklärung“ zur Terrorismusbekämpfung:

https://eu2015.lv/images/Kalendars/IeM/2015_01_29_jointstatement_JHA.pdf

PM der lettischen Ratspräsidentschaft:

<https://eu2015.lv/de/nachrichten/pressemitteilungen/485-ratspraesidentschaft-anti-terror-bemuehungen-muessenverstaerkt-werden>



ASYL UND MIGRATION

EUGH-GENERALANWALT: ERFORDERNIS EINER INTEGRATIONSPRÜFUNG FÜR LANGJÄHRIG AUFHÄLTIGE DRITTSTAATSANGEHÖRIGE IST UNVERHÄLTNISSMÄSSIG

Generalanwalt *Maciej Szpunar* hat dem EuGH in seinen Schlussanträgen vom 28.01.2015 vorgeschlagen zu entscheiden, dass die Richtlinie 2003/109 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen zwar Integrationsmaßnahmen für Drittstaatsangehörige erlaubt, die Rechtsstellung von langfristig Aufenthaltsberechtigten jedoch nicht von einer Integrationsprüfung abhängig gemacht werden dürfe. Die Mitgliedstaaten könnten von Drittstaatsangehörigen verlangen, dass diese Integrationsanforderungen gemäß dem nationalen Recht erfüllen. Solche Maßnahmen dürften aber, um mit den Zielen der Richtlinie in Einklang zu stehen, ausschließlich dazu beitragen, den langfristig Aufenthaltsberechtigten in das Gesellschafts- und Wirtschaftsleben im Aufenthaltsstaat einzubinden. Sie dürften deshalb nicht auf eine offene oder verdeckte Bedingung für die Aufrechterhaltung der Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten oder die Ausübung der damit verbundenen Rechte hinauslaufen. Ab dem Zeitpunkt der Erlangung der Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten müssten Integrationsmittel gegenüber diesen Personen auf Integrationsmaßnahmen beschränkt sein. Nach Auffassung des Generalanwalts trägt eine obligatorische Prüfung der Sprachkenntnisse oder der Kenntnisse über die Gesellschaft nicht zur Erreichung des Ziels der Integrationsmaßnahmen – Erleichterung der Eingliederung der betreffenden Person in die Gesellschaft – bei. Vielmehr werde der Grundgedanke der Integrationsmaßnahmen in Frage gestellt, weil es sich nicht mehr um bloße Maßnahmen zur Förderung der Sozialisation in der jeweiligen Gesellschaft handle, sondern um Anforderungen im Zusammenhang mit dem Aufenthalt in dem betreffenden Staat. Eine Person, die aber seit langer Zeit in dem betreffenden Staat lebe, sei mit ihm bereits über ein Netz von Integrationsverbindungen (Familie, Arbeit, Nachbarschaftsleben, Hobbies) verbunden. Eine Integrationsmaßnahme, die eine individuelle Bewertung dieser tatsächlichen Umstände nicht zulasse, sei daher im Hinblick auf das Ziel, die weitere Eingliederung der betreffenden Person in das Gesellschaftsleben zu erleichtern, unverhältnismäßig. Ebenso unverhältnismäßig sei die für den Fall der Nichterfüllung der Integrationspflicht vorgesehene Sanktion einer Geldbuße.

Es bleibt abzuwarten, ob sich der EuGH den Ausführungen des Generalanwalts anschließt. Insbesondere wird zu klären sein, ob es sich bei der „Integrationsprüfung“ um Integrationsanforderungen im Sinn der Richtlinie handelt sowie ob und in welchem Umfang Mitgliedstaaten dahinter zurückbleibende Integrationsmaßnahmen in ihrem nationalen Recht regeln können.

Weitere Informationen:

PM des EuGH:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2015-01/cp150011de.pdf>



Schlussanträge von Generalanwalt Szpunar:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=161894&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=307266>

ERSTES EUROPÄISCHES MIGRATIONSFORUM VON KOM UND EESC ERÖFFNET

Am 27.01.2015 fand in Brüssel unter dem Motto „Safe routes, safe futures. How to manage the mixed flows of migrants across the Mediterranean “ das Erste Europäische Migrationsforum statt. Das Europäische Migrationsforum wurde von der KOM und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss als Plattform für den Dialog zwischen Vertretern der EU-Institutionen, gesellschaftlichen Interessengruppen sowie von lokalen und regionalen Behörden ins Leben gerufen. Im Mittelpunkt standen Workshops zu Fragen wie dem Zugang zum Asylverfahren an den Grenzen, Möglichkeiten zur Bekämpfung der Schleusungskriminalität sowie der Verbreitung von Informationen in den Herkunfts -und Transitstaaten. *Dimitris Avramopoulos*, Kommissar für Migration und Inneres, betonte in seinem Abschlussstatement den hohen Stellenwert dieser Fragen auf der politischen Agenda sowie die Zielsetzungen der KOM auf diesem Politikfeld.

Weitere Informationen:

Meldung der KOM:

http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-is-new/news/news/2015/20150127_01_en.htm

Rede von Kommissar *Avramopoulos*:

http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/pdf/20150127_01_en.pdf

Hintergrund-Papier der KOM zum EMF:

http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/pdf/20150127_02_en.pdf

Webseite zum EMF:

<http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.events-and-activities-european-migration-forum-1>

TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

EVP-FRAKTION SCHLÄGT MASSNAHMEN VOR, FORDERT FRAKTIONEN ZUR ZUSAMMENARBEIT AUF

Am 28.01.2015 hat die EVP-Fraktion im EP anlässlich des bevorstehenden informellen JI-Rats am 29./30.01.2015 einen Katalog von Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung vorgestellt. Der Vorsitzende der EVP-Fraktion, MdEP *Manfred Weber* (CSU), rief die anderen Fraktionen des EP zur Zusammenarbeit im Rahmen eines „Anti-Terror-Pakts“ auf. Die Vorschläge der EVP („Strategie für den Kampf gegen Terrorismus“) wurden vorgestellt von der Koordinatorin der EVP im Innenausschuss, MdEP *Monika Hohlmeier* (CSU). Sie hob insbesondere folgende Aspekte hervor:

- Verhinderung von Radikalisierung durch Zusammenarbeit mit Internet-Anbietern; Monitoring radikaler Botschaften;
- Verabschiedung der EU-Fluggastdaten-Richtlinie (EU-PNR);



- Verbesserung des Schutzes der Außengrenzen durch verbesserte Nutzung des Schengen-Kontrollsystems und Annahme des Smart-Border-Pakets;
- Ausdehnung der Kooperation mit Drittstaaten wie der Türkei, den Staaten der Arabischen Halbinsel und den Maghreb-Staaten.

Unmittelbar nach Vorstellung des EVP-Vorschlags fand im Plenum des EP eine Aussprache mit Innenkommissar *Dimitris Avramopoulos* über Antiterrormaßnahmen statt (siehe weiterer Bericht in diesem EB).

Erste Beschlüsse des Rates zur Optimierung der Terrorismusbekämpfung auf EU-Ebene sollen auf dem EU-Sondergipfel am 12.02.2015 getroffen werden. Unmittelbar davor, in der Plenarwoche vom 09.-12.02.2015, wird das Parlament über eine Entschließung abstimmen. Die EVP-Fraktion plant, am 05.03.2015 bei einer Konferenz in Toledo ein umfangreiches Positionspapier zur Terrorismusbekämpfung zu verabschieden.

Weitere Informationen:

PM der EVP-Fraktion:

<http://www.eppgroup.eu/news/We-call-for-European-anti-terror-pact?usebuid=3642>

PM des EP zur Plenardebatte:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20150126IPR15002/html/Plenardebatte-zu-Antiterrorma%C3%9Fnahmen>

SCHENGEN

KOM BERICHTET ÜBER FORTSCHRITTE IM RAHMEN DES KOOPERATIONS- UND KONTROLLVERFAHRENS

Die KOM hat am 28.01.2015 im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens (CVM) ihren jährlichen Bericht über die Fortschritte Bulgariens und Rumäniens in den Bereichen Kampf gegen Korruption, Justizreform sowie im Fall Bulgariens zusätzlich zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität veröffentlicht. Während Bulgarien nur schleppende Fortschritte attestiert werden, sieht der Bericht in Rumänien eine „beeindruckende Dynamik“ und „Professionalisierung“. Diese positive Weiterentwicklung stünde, jedoch auf unsicherem Fundament und müsse daher gefestigt werden.

Die KOM wird in etwa einem Jahr ihren nächsten förmlichen Bericht im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens zu Bulgarien und Rumänien vorlegen. Bis dahin wird sie kontinuierlich die Weiterentwicklung der beiden Länder, auch durch Besuche vor Ort, beobachten, um die beiden MS bei der Erreichung der festgesetzten CVM-Ziele zu unterstützen. Präsident *Juncker* äußerte Zuversicht auf eine positive Fortentwicklung beider MS sowie auf eine Beendigung des Programms während seiner Amtszeit bis 2019.



Weitere Informationen:

PM der KOM zu Bulgarien:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-3821_de.htm

PM der KOM zu Rumänien:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-3822_de.htm

MEMO der KOM zu Bulgarien:

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-15-3825_de.htm

MEMO der KOM zu Rumänien:

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-15-3824_de.htm

FEUERWEHREN, RETTUNGSDIENST, KATASTROPHENSCHUTZ

EU ERHÖHT MITTEL FÜR HUMANITÄRE HILFE IN SYRIEN UND DEN NACHBARSTAATEN

Der für Humanitäre Hilfe zuständige Kommissar *Christos Stylianides* und der für Europäische Nachbarschaftspolitik zuständige Kommissar *Johannes Hahn* gaben am 29.01.2015 während einer Reise in den Libanon und nach Jordanien bekannt, dass die EU ihre humanitäre Hilfe zur Bewältigung der Syrien-Krise um 136 Mio. € aufgestockt hat. Die Hälfte der Mittel wird ins Land selbst gehen, die andere Hälfte erhalten die syrischen Nachbarstaaten Türkei, Libanon, Jordanien und Irak. Mit den zusätzlichen Mitteln sollen humanitäre Partnerorganisationen Lebensmittel, Zelte, sauberes Wasser und eine bessere medizinische Versorgung finanzieren. Die beiden Kommissare *Stylianides* und *Hahn* machen sich derzeit ein Bild von der Flüchtlingssituation und haben die Solidarität Europas mit diesen Ländern bekundet.

PM der KOM:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-3883_en.htm

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/13044_de.htm

Factsheet der KOM:

http://ec.europa.eu/echo/files/aid/countries/factsheets/syria_en.pdf#view=fit

KOM GENEHMIGT BRITISCHE VERSICHERUNGSREGELUNG FÜR DEN HOCHWASSERSCHUTZ

Die KOM hat am 29.01.2015 die britische Rückversicherungsregelung für den Hochwasserschutz „Flood Re“ nach den europäischen Beihilfavorschriften genehmigt. Mithilfe der Regelung soll eine inländische Versicherung für hochwasserbedingte Schäden zu moderaten Preisen für Haushalte mit besonders hohem Gefährdungspotential geschaffen werden. Hierzu soll ein Rückversicherungspool erstellt werden, der sich teilweise aus branchenweiten Abgaben zusammensetzt, sodass ein wirtschaftlicher Wettbewerbsvorteil entstehen und eine staatliche Beihilfe enthalten sein könnte. Die Entscheidung der KOM, dass die Regelung dennoch nicht gegen EU-Beihilferecht verstößt, wird damit begründet, dass der private Markt eine derartige Versicherung womöglich nicht in ausreichendem Umfang anbieten könnte. Folglich verhindere die



Rückversicherungsregelung ein Marktversagen, ohne dabei eine gravierende Wettbewerbsverzerrung zu verursachen. Die Rückversicherung soll ab Juli 2015 zur Verfügung stehen.

Weitere Informationen:

PM der KOM:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-3884_de.htm

VERKEHRSPOLITIK

VERKEHRSKOMMISSARIN *BULC* FORDERT EUROPÄISCHE PKW-MAUT

Verkehrskommissarin *Violeta Bulc* hat am 25.01.2014 im Vorfeld ihres Antrittsbesuchs bei BM *Dobrindt* am 27.01.2015 in Berlin Überlegungen für ein EU-weites Mautsystem vorgestellt. Die vielen unterschiedlichen Systeme in Europa seien für die Autofahrer „eine Belastung und ein Mobilitätshindernis“. Es sei deshalb sinnvoll, „dass wir mittelfristig an einem europäischen System für Lkw und Pkw arbeiten, das die Erhebung von Straßenbenutzungsgebühren für alle EU-Länder einheitlich regeln könnte“, so die Kommissarin. *Bulc* deutete an, eine Regelung vorschlagen zu wollen, die den Mitgliedstaaten weitgehende Entscheidungsfreiheit lassen würde, ob sie sich in ein EU-weites Mautsystem einbringen. Auch wenn die meisten bisherigen Mautsysteme (wie auch die für Deutschland geplante Infrastrukturabgabe) auf zeitabhängigen Nutzungsentgelten basieren, plädierte die Kommissarin für einen Systemwechsel hin zu entfernungsabhängigen Nutzungsgebühren. Die Kommissarin griff damit Überlegungen aus dem Jahr 2013 hinsichtlich einer Änderung der Richtlinie 1999/62/EG (Eurovignettenrichtlinie) wieder auf, die u.a. eine entfernungsabhängige Berechnung ab dem 01.01.2019 sowie die Einbeziehung „externer Kosten“ wie Luftverschmutzung und Lärm bei der Berechnung der Mauthöhe vorsahen. Vage blieb *Bulc* bei ihrer Ankündigung, wie die durch Nutzungsgebühren generierten Einnahmen verteilt und verwendet werden sollten. Die Kommissarin skizzierte lediglich das Prinzip, dass Einnahmen aus einem Straßennetz jeweils an den Mitgliedstaat zurückfließen sollten, der für den Erhalt des jeweiligen Netzes verantwortlich ist. Der o.g. Vorschlag aus dem Jahr 2013 sah eine Verpflichtende Nutzung von 70 % der Einnahmen für Investitionen in die Straßeninfrastruktur vor. Abgeordnete des EP, die *Bulc*' Initiative für eine „Euro-Maut“ begrüßten, forderten hingegen, einen größeren Teil der Einkünfte an den EU-Haushalt abzuführen.

KOMMISSAR *ARIAS CAÑETE* SKIZZIERT AGENDA ZUR CO₂-REDUZIERUNG IM VERKEHRSSSEKTOR

Miguel Arias Cañete, EU-Kommissar für Klimaschutz und Energie, hat am 27.01.2015 die Agenda der KOM zur Reduzierung von CO₂-Emissionen im Verkehrssektor skizziert. *Cañete* erläuterte anlässlich der Veranstaltung „Anforderungen an eine CO₂-Regulierung in der Automobilindustrie“ der IG Metall in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg in Brüssel die strategischen Prioritäten der Kommission *Juncker* und ging dabei insbesondere auf die für 25.02.2015 geplante Vorstellung sowohl des strategischen Rahmens für die Energieunion, als auch der Mitteilung „Der Weg nach Paris“ zum Klimaschutz ein. Kommissar *Cañete* erläuterte die 2014 beschlossenen Energie-Einsparziele der Union und machte deutlich, dass für die



geforderte Senkung der durch Transporte verursachten Emissionen um 60 % bis 2050 weitere Maßnahmen ergriffen werden müssen. Alle Transportmittel müssten dazu ihren Beitrag leisten, insbesondere aber der internationale Seeverkehr, der Luftverkehr und der Straßenverkehr. Dieser Prozess verbinde sich mit Herausforderungen wie der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Automobilindustrie, die Weiterentwicklung der Elektromobilität, der Verbesserung der Testverfahren und der Verbrauchsreduzierung im Schwerlastverkehr.

Kommissar *Cañete* kündigte an, bei der weiteren Ausgestaltung der europäischen Ziele und Regelungen zu CO₂-Emissionen im Verkehrssektor alle Interessenträger umfassend beteiligen zu wollen. Er beabsichtige daher noch im Sommer 2015 gemeinsam mit Verkehrskommissarin *Violeta Bulc* und Industriekommissarin *Elżbieta Bieńkowska* zu einer Konferenz zum Thema „Dekarbonisierung des Straßenverkehrs“ einzuladen.

Weitere Informationen:

Rede von Kommissar *Cañete*:

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-15-3780_en.htm

Rede von *Detlef Wetzel*, IG Metall:

http://www.igmetall.de/2015_27_01_Wetzel_Rede_CO2_Veranstaltung_Brussel%20kurz%20CO2%20formatiert_fefd7bb9d4e7385e12c3079918287d07b62661c5.pdf

„Weißbuch Transport“:

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52011DC0144&from=EN>

Mitteilung der KOM zur Verringerung des Kraftstoffverbrauchs und der CO₂-Emissionen des Schwerlastverkehrs (englisch):

http://ec.europa.eu/clima/policies/transport/vehicles/heavy/docs/com_285_2014_en.pdf

LUFTVERKEHR

MDEP *PAET* FORDERT UNTERSUCHUNG UNGEKLÄRTER FLUGBEWEGUNGEN IN DER EU

MdEP *Urmas Paet* (ALDE, Estland) hat sich am 29.01.2015 für eine deutlichere Antwort der EU auf bisher ungeklärte Flugbewegungen von Flugzeugen mit abgeschaltetem Transponder im EU-Luftraum ausgesprochen. In den letzten Monaten seien mehrfach „unsichtbare russische Militärflugzeuge“ gefährlich nah an Zivillflugzeuge herangeflogen. MdEP *Paet* schlug vor, dass das EP eine Initiative zur Änderung des Abkommens über die internationale Zivilluftfahrt (Chicagoer Abkommen) und anderer Vorschriften ergreifen könnte, um Militärflugzeuge zu verpflichten, mit eingeschaltetem Transponder zu fliegen, insbesondere in Gebieten mit starkem zivilem Flugverkehr. Die KOM hat die Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA, European Aviation Safety Agency) gebeten, eine Reihe von Vorfällen zwischen Passagier- und nicht identifizierten Militärflugzeugen während der letzten Monate zu untersuchen, die sich vor allem über dem offenen Meer an den EU-Außengrenzen abgespielt haben sollen. Erste Empfehlungen werden im März 2015 erwartet. Die KOM könnte dann gegebenenfalls zusätzliche Maßnahmen ergreifen, um die Sicherheit von zivilen Flugzeugen zu gewährleisten.



EUG ERKLÄRT KOM-BESCHLUSS ZU RÜCKFORDERUNGSZAHLUNGEN VON DURCH IRLAND BEGÜNSTIGTEN FLUGGESELLSCHAFTEN TEILWEISE FÜR NICHTIG

Das Gericht der EU (EuG) hat am 05.02.2015 in seinem Urteil zu den Rechtssachen T-473/12 und T-500/12 den Beschluss der KOM zu Rückforderungszahlungen von durch Irland begünstigten Fluggesellschaften teilweise für nichtig erklärt. Das Gericht begründete seine Entscheidung damit, dass die KOM die Rückforderungen fälschlicherweise auf acht Euro Beihilfebetrags je Fluggast festgelegt hat. Durch die Anwendung eines reduzierten Fluggaststeuersatzes ergaben sich wirtschaftliche Vorteile, die teilweise an die Fluggäste weitergegeben werden konnten, sodass der Vorteil für die Fluggesellschaften sich nicht automatisch auf acht Euro je Fluggast belief. Darüber hinaus lastete der EuG der KOM an, den angeblich entstandenen Vorteil in Höhe des Differenzbetrags der Air Travel Tax (ATT)-Sätze für die Fluggesellschaften mit niedrigem ATT-Satz nicht ausreichend dargelegt zu haben. Auch sei – entgegen der Auffassung der KOM – nicht davon auszugehen, dass die Fluggesellschaften die positiven Folgen des reduzierten ATT-Satzes nicht an die Fluggäste weitergeben. Die möglichen Rückforderungen hätte die KOM auf Grundlage der tatsächlich an die Fluggäste weitergegebenen wirtschaftlichen Vorteile, die sich aus dem ATT-Satz ergeben, ermitteln müssen. Laut EuG sei es den Fluggesellschaften zudem nicht möglich, die erforderlichen acht Euro je Fluggast rückwirkend zu verlangen. Weiterhin sei eine zusätzliche Wettbewerbsverzerrung durch die Rückforderungen in dieser Höhe nicht auszuschließen, da die Fluggesellschaften Zahlungen leisten müssten, die über dem tatsächlichen wirtschaftlichen Vorteil liegen. Dagegen stufte das Gericht die Entscheidung der KOM, den höheren Steuersatz von zehn Euro als Referenzsteuersatz und die Anwendung unterschiedlicher Steuersätze als Beihilfe für Fluggesellschaften mit einem Steuersatz von zwei Euro zu bewerten, als korrekt ein.

Weitere Informationen:

PM des EuG:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2015-02/cp150014de.pdf>

Urteil des EuG:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=162092&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=400948>

STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

INFORMELLER JI-RAT: GESCHÄFTSBEREICH DES STMJ

Der informelle JI-Rat am 29./30.01.2015 in Riga stand ganz im Zeichen der terroristischen Anschläge in Paris Anfang Januar diesen Jahres, der letztlich in der Verabschiedung einer „Gemeinsamen Rigaer Erklärung zur Terrorismusbekämpfung“ (siehe hierzu auch ausführlichen Beitrag des StMI in diesem EB) der Innen- und



Justizminister mündete. Bei den EU-Justizminister standen zudem die strafrechtlichen Aspekte des Kampfs gegen den Terrorismus auf der Agenda. Weitere Themen waren aber auch die Datenschutzreform und die Digitalisierung der Justiz. Im Übrigen trafen sich die die EU-Justiz- und Innenminister noch mit ihren Amtskollegen der Staaten der sogenannten Östlichen Partnerschaft (Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Georgien, Moldawien, Ukraine).

Präsidentschaftsseite zum informellen JI-Rat in englischer Sprache:

<https://eu2015.lv/events/political-meetings/informal-meeting-of-ministers-for-justice-and-home-affairs-2015-01-29>

Presseerklärung der Präsidentschaft zur Östlichen Partnerschaft:

<https://eu2015.lv/de/nachrichten/pressemitteilungen/492-eu-und-die-partner-der-oestlichen-partnerschaft-diskutieren-staerkung-der-strafverfolgung>

Gemeinsame Erklärung zur Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft in den Bereichen Justiz und Inneres in englischer Sprache:

https://eu2015.lv/images/Kalendars/leM/2015_01_29_jointstatement_EaP_jha.pdf

Presseerklärung der Präsidentschaft zur Datenschutzreform und der Digitalisierung der Justiz:

<https://eu2015.lv/de/nachrichten/pressemitteilungen/521-ratspraesidentschaft-ein-wettbewerbsfaehiges-europa-fuer-buerger-und-unternehmen-muss-durch-moderne-justizmassnahmen-gestaerkt-werden>

Presseerklärung der Präsidentschaft zur Terrorismusbekämpfung:

<https://eu2015.lv/de/nachrichten/pressemitteilungen/485-ratspraesidentschaft-anti-terror-bemuehungen-muessenverstaerkt-werden>

Rigaer Erklärung in englischer Sprache:

https://eu2015.lv/images/Kalendars/leM/2015_01_29_jointstatement_JHA.pdf

URheberRECHT: AUSSPRACHE MIT KOMMISSAR OETTINGER IM CULT-AUSSCHUSS

Am 27.01.2015 fand im Bildungs- und Kulturausschuss (CULT) des EP eine Aussprache mit Kommissar *Günther Oettinger* (Digitale Wirtschaft und Gesellschaft) zu seinen anstehenden Vorhaben statt, wobei die Überarbeitung des Urheberrechts den größten Teil der Diskussion einnahm (siehe zu den übrigen Themen auch die Beiträge des StMBW und des Geschäftsbereichs IuK- und Medienpolitik in diesem EB). Diese bezeichnete er als die größte Herausforderung. Für Sommer oder Herbst kündigte er hierzu die Vorlage eines Legislativvorschlags an, der die Grundlage für ein modernes digitales Copyright darstellen sollte. Bereits im Mai möchte er eine Strategie zur Vollendung des digitalen Binnenmarkts präsentieren.

Link zum Webstream der Aussprache:

<http://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/committees/video?event=20150127-1530-COMMITTEE-CULT>



ERHÖHTES FALSCHNOTENAUFKOMMEN IN DER ZWEITEN JAHRESHÄLFTE 2014

Die Europäische Zentralbank (EZB) veröffentlichte am 23.01.2015 Zahlen über das Falschnotenaufkommen im zweiten Halbjahr 2014, zeitgleich veröffentlichte die Deutsche Bundesbank die Zahlen für Deutschland. Nach Angaben der EZB erhöhte sich die Zahl der aus dem Verkehr gezogenen gefälschten Euro-Banknoten gegenüber der zweiten Jahreshälfte des Vorjahres mit 507.000 um 44 %. Da jedoch mehr als 16 Mrd. echte Banknoten in der zweiten Jahreshälfte 2014 im Umlauf waren, sei der prozentuale Anteil der Fälschungen letztlich weiterhin sehr gering. 86 % der Fälschungen betreffen die 20-€- und 50-€-Banknoten. Der überwiegende Anteil des Falschgeldaufkommens (97,5 %) wurde in Euro-Länder sichergestellt.

Die Zahl falscher Banknoten nahm auch in Deutschland deutlich zu. Im zweiten Halbjahr 2014 wurden in Deutschland insgesamt 38.000 gefälschte Banknoten aus dem Verkehr gezogen (erstes Halbjahr 2014: 25.000). Die Zahl des gefälschten Hartgeldes sank dagegen deutschlandweit in den letzten Jahren von 52.000 (2013) auf 46.000 (2014) Stück.

Mit dem Ziel, die Banknotentechnologie weiter zu entwickeln und die Fälschungssicherheit der Euro-Banknoten zu verbessern, wurde die Europa-Serie geschaffen. In diesem Rahmen soll nach den bereits eingeführten 5 und 10-€-Scheinen als nächstes ein neuer 20-€-Schein in Umlauf gebracht werden.

Pressemitteilung der EZB:

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2015/html/pr150123.de.html>

Pressemitteilung der Bundesbank:

http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/BBK/2015/2015_01_23_falschgeld.html?searchArchive=0&submit=Suchen&searchIssued=0&templateQueryString=falschgeld

Die neuen Geldscheine der Europa-Serie:

<http://www.neue-euro-banknoten.eu/>

STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN, FÜR LANDESENTWICKLUNG UND HEIMAT

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNG DER EUROGRUPPE AM 26.01.2015

Am 26.01.2015 trafen sich im Vorfeld des ECOFIN-Rates die Finanzminister der Eurozone. Wesentliche Themen waren die Wahlen in Griechenland und die Mitteilung der Kommission zur optimalen Nutzung der im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehenen Flexibilität. Eurogruppenchef *Jeroen Dijsselbloem* betonte in der Pressekonferenz, dass es zu früh sei, um Fragen zum griechischen Anpassungsprogramm und zur Troika zu beantworten. Außerdem wurde der erfolgreiche Beitritt Litauens zur Eurozone gewürdigt und Litauens Finanzminister *Rimantas Šadžius* als vollwertiges Mitglied in der Runde begrüßt. Am 03.02.2015 wurde



Litauen auch Mitglied des ESM und wird eine Kapitaleinlage in Höhe von 327 Mio. € leisten. Die Euro-Finanzminister folgten zudem der Beurteilung des Haushaltsplans für 2015 von Lettland durch die Kommission, wonach dieser die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts einhält. Die aktualisierten Bewertungen der Haushaltspläne von Frankreich, Belgien und Italien hat die Kommission für den 27.02.2015 angekündigt. Wirtschafts- und Währungskommissar *Pierre Moscovici* verwies darauf, dass sich die Kommission diesbezüglich noch keine abschließende Meinung gebildet habe. Schließlich befassten sich die Euroländer auf Basis einer aktuellen Einschätzung des IWF noch mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in der Eurozone und mit der EZB-Anleihekaufentscheidung.

Anmerkungen von Eurogruppenchef *Dijsselbloem* (in englischer Sprache):

<http://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2015/01/Remarks-Dijsselbloem-26January/>

Anmerkungen von Kommissar *Moscovici* (in französischer und englischer Sprache):

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-15-3722_en.pdf

Pressemitteilung der Eurogruppe zu Lettlands Haushaltsplanung (in englischer Sprache):

<http://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2015/01/eurogroup-statement-on-latvia-updated-draft-budget-plan-2015/>

Weitergehende Informationen (in englischer Sprache):

<http://www.consilium.europa.eu/en/meetings/eurogroup/2015/01/26/>

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNG DES ECOFIN-RATES AM 27.01.2015

Am 27.01.2015 hat in Brüssel der Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) getagt. Das erste Mal saß der lettische Finanzminister *Jānis Reirs* als neuer Ratspräsident diesem Gremium vor. Die wesentlichen Themen waren die Legislativvorschläge der Kommission zur Einrichtung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) sowie die Mitteilung der Kommission zur Nutzung der Flexibilität des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Trotz einiger Vorbehalte in einzelnen Fragen unterstützen die Mitgliedstaaten grundsätzlich den EFSI und streben eine allgemeine Ausrichtung im März 2015 an. Beim Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde von einigen Mitgliedstaaten insbesondere der Alleingang der Kommission kritisiert und die Wahrung der Glaubwürdigkeit der bestehenden Regeln angemahnt. Vor dem Hintergrund der jüngsten Terroranschläge Anfang Januar in Paris wurde zudem das Vorgehen gegen Terrorfinanzierung besprochen. Kommission und Rat wollen in diesem Bereich ihre Zusammenarbeit intensivieren und das Engagement, z.B. bei der Geldwäsche, verstärken. Außerdem verabschiedete der Rat eine Änderung der Mutter-Tochter-Richtlinie, mit der eine allgemeine Missbrauchsklausel zur Steuervermeidung und aggressiven Steuergestaltung von Unternehmensgruppen eingefügt worden ist. Hierzu hatten die EU-Finanzminister auf dem letzten ECOFIN am 09.12.2014 eine politische Einigung erzielt (EB 19/14). Ebenfalls auf der Tagesordnung standen die Arbeitsprogramme der lettischen Ratspräsidentschaft sowie der Kommission, die beide von den Mitgliedstaaten unterstützt werden. Tschechien plädierte dafür, die Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs zu intensivieren und eine generelle Nutzung des Reverse-Charge-Verfahren, wonach nicht der leistende Unternehmer, sondern sein Kunde die Umsatzsteuer schuldet, vorzusehen. Des Weiteren billigten die EU-



Finanzminister eine Einigung mit dem Parlament zu neuen Regeln zu Qualität und Verlässlichkeit von EU-Statistiken und befürworteten einen Vorschlag der Kommission für zusätzliche Makrofinanzhilfen für die Ukraine in Höhe von 1,8 Mrd. €.

Pressemitteilung des Rates (in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/en/meetings/ecofin/2015/01/st05607_en15_pdf\(3\)/](http://www.consilium.europa.eu/en/meetings/ecofin/2015/01/st05607_en15_pdf(3)/)

Pressemitteilung des Rates zur Mutter-Tochter-Richtlinie (in englischer Sprache):

<http://www.consilium.europa.eu/en/templates/press-detail.aspx?id=40802192559>

Pressemitteilung des Rates zu Europäischen Statistiken (in englischer Sprache):

<http://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2015/01/european-statistics--rules-improve-data-policymakers/>

Weitergehende Informationen:

<http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2015/01/27/>

MEINUNGSAUSTAUSCH MIT BUNDESFINANZMINISTER SCHÄUBLE IM ECON-AUSSCHUSS

Am 27.01.2015 fand im EP-Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) ein Meinungsaustausch mit Bundesfinanzminister *Wolfgang Schäuble* und dem italienischen Minister für Wirtschaft und Finanzen *Pier Carlo Padoan* zur Überprüfung des Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung sowie den damit verbundenen Herausforderungen statt. Bundesminister *Schäuble* verteidigte insbesondere die deutsche Fiskalpolitik und verwahrte sich gegen Kritik an der Einhaltung der Regeln („Deutschland mit ideenloser Politik sehr erfolgreich“). Er betonte dabei die Bedeutung von Vertrauen, sowohl des Souveräns und Verbrauchers als auch der Investoren, die auch der Flexibilität der bestehenden Regeln Grenzen setze. Solidarität könne helfen, aber nicht die Problemlösung zuhause ersetzen. Um Wettbewerbsunterschiede zu überbrücken plädierte er für ein innereuropäisches Ausgleichssystem, sprach aber nicht explizit von Transfer- oder Ausgleichszahlungen. *Schäuble* verwies dabei auf die deutschen Erfahrungen mit föderalen Ausgleichssystemen, dem Aufbau Ost (1 Billionen € seit 1990) und dem Länderfinanzausgleich. Außerdem forderte *Schäuble* eine stärkere Deregulierung, um im weltweiten Wettbewerb zu bestehen. Er plädierte dafür, die europäische Binnensichtweise abzulegen. Europa leiste sich doppelt so hohe Sozialausgaben wie andere westliche Industrieländer, und Strukturreformen seien notwendig, um den im weltweiten Maßstab hohen Lebensstandard zu halten.

Videostream der Ausschusssitzung:

<http://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/committees/video?event=20150127-0800-COMMITTEE-ECON>

WINTERPROGNOSE DER KOMMISSION

Die Kommission hat am 05.02.2015 ihre Winterprognose zur voraussichtlichen wirtschaftlichen Entwicklung in der EU veröffentlicht. Diese enthält die Vorhersagen für die wirtschaftliche Entwicklung in der EU und für die Entwicklung der Haushaltsdefizite in den Jahren 2015 und 2016. Demnach hat sich die wirtschaftliche



Erholung seit der Herbstprognose weiter fortgesetzt. Der Kommission erwartet, dass erstmals seit 2007 die Volkswirtschaften sämtlicher Mitgliedstaaten – trotz der ungleichmäßigen Entwicklungen – wieder wachsen. EU-weit wird 2015 von einem Wachstum von 1,7 % ausgegangen. Für den Euroraum erwartet die Kommission ein leicht geringeres Wachstum von 1,3 %. Für 2016 ist aufgrund der lockeren Geldpolitik und der erstarkten Binnen- und Auslandsnachfrage mit einem Wirtschaftswachstum von 2,1 % (EU) bzw. 1,9 % (Euroraum) zu rechnen. Ein rasches Ansteigen der Inflationsraten bleibt auch weiterhin unwahrscheinlich und auch hinsichtlich der Arbeitslosenquoten prognostiziert die Kommission nur eine mäßige Erholung. Die Haushaltsdefizite sollen jedoch weiter sinken. Für das Jahr 2015 erwartet die Kommission eine Defizitquote von 2,6 % in der EU bzw. 2,2 % im Euroraum. Dies soll auch in der Eurozone ab 2016 die Verschuldungsquote sinken lassen. Eine erhöhte Unsicherheit sieht die Kommission aufgrund der geopolitischen Spannungen, den Schwankungen an den Finanzmärkten, der divergierenden Geldpolitik der großen Volkswirtschaften und der unvollständigen Umsetzung von Strukturreformen.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4085_de.pdf

Gesamttext der Winterprognose (in englischer Sprache):

http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2015/pdf/ee1_en.pdf

KAPITALMARKTUNION: ORIENTIERUNGSDEBATTE IN DER KOMMISSION

Am 28.01.2015 hat die Kommission mit einer Orientierungsdebatte die Arbeit an einem ihrer zentralen Projekte, der Kapitalmarktunion, aufgenommen. Durch die Beseitigung der Hindernisse für grenzüberschreitende Investitionen soll die Entstehung eines „echten“ Kapital-Binnenmarkts für alle 28 Mitgliedstaaten der EU ermöglicht werden, so Kommissionspräsident *Jean-Claude Juncker*. Insbesondere KMU und mit Infrastrukturvorhaben betraute Unternehmen sollen mit der Kapitalmarktunion ihren eingeschränkten Finanzierungshorizont über die klassische Bankenfinanzierung hinaus deutlich erweitern können. Die neuen Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten sollen aber die klassische Bankenfinanzierung nicht ersetzen, sondern ergänzen. Die Kommission versteht die Integration der Kapitalmärkte auf langfristige Sicht als einen bedeutenden Baustein für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Ankurbelung des innereuropäischen Wirtschaftswachstums und kündigt für den 18.02.2015 die Veröffentlichung eines Grünbuchs zur Kapitalmarktunion verbunden mit einer daran anschließenden öffentlichen Konsultation an. Parallel dazu sollen bereits die kurzfristigen Prioritäten der Investitionsoffensive für die EU (z.B. die Vereinfachung der Prospektrichtlinie oder die Wiederbelebung der Märkte für hochwertige Verbriefungen) in Angriff genommen werden. Im zweiten oder dritten Quartal dieses Jahres will die Kommission dann auf Grundlage der eingegangenen Konsultationsbeiträge einen Aktionsplan für die Umsetzung der Kapitalmarktunion vorlegen. Bis 2019 ist die abschließende Realisierung der Kapitalmarktunion geplant.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-3800_de.pdf



KOMMISSION WILL FREISTELLUNG FÜR PENSIONS FONDS VON DER CLEARINGPFLICHT VERLÄNGERN

Am 03.02.2015 hat die Kommission in einem Bericht zu den Fortschritten und Anstrengungen der zentralen Gegenparteien (CCPs) bei der Erarbeitung technischer Lösungen für die Übertragung unbarer Sicherheiten als Nachschusszahlungen durch Altersversorgungssysteme empfohlen, außerbörsliche Derivatgeschäfte von Pensionsfonds für weitere zwei Jahre von der Clearingpflicht freizustellen. Die aktuelle Freistellung von der im August 2012 in Kraft getretenen Derivate-Verordnung EMIR läuft noch bis August 2015. Eine verlängerte Freistellung soll den zentralen Gegenparteien mehr Zeit bei der Ausarbeitung von alternativen Lösungen für die Altersversorgungssysteme verschaffen. Diese Systeme bräuchten für ein zentrales Clearing Barmittel, welches auf Grund der Geschäftsmodelle momentan nicht zur Verfügung stehe. Eine Clearingpflicht hätte zur Folge, dass den Pensionsfonds jährlich eine zusätzliche Belastung von 2,3 - 2,9 Mrd. € entstünde, was wiederum das Renteneinkommen in der EU in den nächsten 20 - 40 Jahren um bis zu 3,66 % schmälern könnte. Eine Verlängerung der Freistellung von der Clearingpflicht für Pensionsfonds würde einen delegierten Rechtsakt der Kommission erfordern. Die EMIR-Verordnung hat zum Ziel, den bis dahin unkontrollierten außerbörslichen Handel mit Derivaten durch die Schaffung von beaufsichtigten zentralen Gegenparteien und die Einführung eines Transaktionsregisters transparenter und sicherer zu gestalten.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-3643_de.htm?locale=en

Bericht der Kommission (in englischer Sprache):

http://ec.europa.eu/finance/financial-markets/docs/derivatives/150203-report_en.pdf

NEUE INITIATIVE ZUR EINFÜHRUNG EINER FINANZTRANSAKTIONSSTEUER IM WEGE DER VERSTÄRKTEN ZUSAMMENARBEIT

Zehn der an der verstärkten Zusammenarbeit zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTS) teilnehmenden Mitgliedstaaten nutzten die Sitzung des ECOFIN-Rates am 27.01.2015, um auf Basis einer österreichisch-französischen Initiative mit einer gemeinsamen Erklärung den Verhandlungen auf technischer Ebene neue Impulse zu geben. Griechenland war wegen der Regierungsbildung an einer Teilnahme verhindert. Darin erneuern sie ihre Verpflichtung zur Einführung einer FTS und kündigen eine inhaltliche Einigung zum Anwendungsbereich entsprechend dem Vorschlag von Frankreich und Österreich an, wonach Derivate möglichst weitgehend einbezogen werden sollen, allerdings bei einem niedrigeren Steuersatz. Zudem soll es organisatorische Anpassungen geben, um die Effektivität des Verfahrens der verstärkten Zusammenarbeit zu erhöhen. Außerdem wird an die Kommission appelliert, sich auch auf technischer Ebene stärker einzubringen. Zwar sind nach wie vor wesentliche Fragen offen, etwa das anzuwendende Besteuerungsprinzip, die Finanzminister wollen aber an dem Ziel festhalten, die FTS zum 01.01.2016 einzuführen. In einer der nächsten ECOFIN-Sitzungen soll erneut berichtet werden.



Gemeinsame Erklärung zur Finanztransaktionssteuer (in englischer Sprache):

http://www.steuer-gegen-armut.org/fileadmin/Dateien/Kampagnen-Seite/Unterstuetzung_Ausland/EU/2015/150127_Statement_FTT.pdf

STAATLICHE BEIHILFE: KOMMISSION ERÖFFNET UNTERSUCHUNGSVERFAHREN GEGEN BELGIEN WEGEN EINER STEUERREGELUNG ZU GEWINNÜBERSCHÜSSEN

Nachdem die Kommission wegen steuerlicher Begünstigung diverser multinationaler Konzerne bereits Untersuchungsverfahren gegen Luxemburg, Irland und die Niederlande eröffnet hat, bestätigte Wettbewerbskommissarin *Margrethe Vestager* am 03.02.2015 auch Ermittlungen gegen Belgien. Im Gegensatz zu den bisherigen beihilferechtlichen Untersuchungen steht diesmal ein konkretes Steuermodell betreffend Steuervorentscheide („tax rulings“) auf dem Prüfstand. Die Kommission rügt eine Steuerregelung zu Gewinnüberschüssen, die es Unternehmen erlauben soll, mittels staatlich gewährter gruppeninterner Synergien oder aufgrund von Größenvorteilen erhebliche Steuervorteile zu erzielen. Dabei könnten nur bestimmte multinationale Konzerne aus der Regelung einen Nutzen ziehen, wohingegen im Inland tätige Unternehmen nicht profitieren, so *Vestager*. Unternehmen, welche beträchtliche Investitionen in Belgien getätigt oder das Gros ihrer Tätigkeit nach Belgien verlagert haben, seien mutmaßlich die größten Nutznießer. Um Steuervermeidungen und unfairen Steuerwettbewerb durch selektive Steuervergünstigungen aufzudecken, hatte die Kommission im Dezember 2014 ihr beihilferechtliches Auskunftsersuchen zu Steuervorentscheiden (sogenannte „tax rulings“) auf alle Mitgliedstaaten ausgeweitet (EB 22/14).

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4080_de.pdf

EUGH HÄLT BRITISCHE RECHTSVORSCHRIFTEN ZUM GRENZÜBERSCHREITENDEN KONZERNABZUG FÜR VEREINBAR MIT EU-RECHT

Der EuGH hat mit einem am 03.02.2015 veröffentlichten Urteil eine Klage der Kommission gegen das Vereinigte Königreich zu dem im Corporation Tax Act 2010 (CTA 2010) vorgesehenen grenzüberschreitenden Konzernabzug abgewiesen. Der EuGH hat festgestellt, dass ein Mitgliedstaat einen grenzüberschreitenden Konzernabzug verweigern kann, wenn die Rechtsvorschriften des Mitgliedstaats, in dem sich der Sitz der betreffenden Tochtergesellschaft befindet, keine Möglichkeit des Verlustvortrags vorsehen. Hierin läge kein Verstoß gegen die Niederlassungsfreiheit vor. Außerdem stellte der EuGH fest, dass entgegen der Auffassung der Kommission das CTA 2010 nicht die Einleitung eines Liquidationsverfahrens für die betreffende Tochtergesellschaft vor dem Ende des Steuerzeitraums, in dem die Verluste entstanden sind, verlangen würde. Zudem machte der EuGH deutlich, dass Verluste einer gebietsfremden Tochtergesellschaft nur dann endgültig im Sinne der Marks-&-Spencer-Entscheidung sind, wenn dieses im Mitgliedstaat ihres Sitzes keine Einnahmen mehr erzielt.



Pressemitteilung des EuGH:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2015-02/cp150013de.pdf>

Urteil des EuGH:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=162042&pageIndex=0&doclang=de&mode=rq&dir=&occ=first&part=1&cid=157304>

STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND MEDIEN, ENERGIE UND TECHNOLOGIE

WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

RAT DISKUTIERT LEGISLATIVVORSCHLÄGE ZUM INVESTITIONSFONDS FÜR STRATEGISCHE INVESTITIONEN (EFSI)

Am 27.01.2015 tagte der Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) zum ersten Mal unter dem Vorsitz des lettischen Finanzministers *Jānis Reirs* als neuem Ratspräsidenten. Die wesentlichen Themen waren die Legislativvorschläge der Kommission zur Einrichtung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) sowie die Mitteilung der Kommission zur Nutzung der Flexibilität des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Trotz einiger Vorbehalte in einzelnen Fragen unterstützen die Mitgliedstaaten grundsätzlich den EFSI und streben eine allgemeine Ausrichtung im März 2015 und eine Einigung mit dem EP am 12.05.2015 an. Frühestens Anfang Juli sollen erste Projekte finanziert werden können. Dabei soll es sich um die Absicherung von insbesondere risikoreicheren Projekten handeln, bei deren Auswahl eine politische Einflussnahme vermieden werden müsse. Beim Thema Steuerung der Wirtschafts- und Währungsunion wurden der kürzliche Alleingang der Kommission im Rahmen ihrer vorgelegten Mitteilung zur Auslegung der Flexibilität im Stabilitäts- und Wachstumspakt kritisiert und die Wahrung der Glaubwürdigkeit der bestehenden Regeln angemahnt (s. den Beitrag des StMFLH in diesem EB).

Pressemitteilung des Rates (in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/en/meetings/ecofin/2015/01/st05607_en15_pdf\(3\)/](http://www.consilium.europa.eu/en/meetings/ecofin/2015/01/st05607_en15_pdf(3)/)

KAPITALMARKTUNION: ORIENTIERUNGSDEBATTE IN DER KOMMISSION

Am 28.01.2015 hat das Kommissarskollegium mit einer Orientierungsdebatte zur Kapitalmarktunion die Arbeit an einem der zentralen Projekte der neuen Kommission aufgenommen. Durch die Beseitigung der Hindernisse für grenzüberschreitende Investitionen soll die Entstehung eines „echten“ Kapital-Binnenmarkts für alle 28 Mitgliedstaaten der EU ermöglicht werden, so Kommissionspräsident *Jean-Claude Juncker*. Insbesondere KMU und mit Infrastrukturvorhaben betraute Unternehmen sollen mit der Kapitalmarktunion ihren eingeschränkten Finanzierungshorizont über die klassische Bankenfinanzierung hinaus deutlich



erweitern können. Die neuen Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten sollen aber die klassische Bankenfinanzierung nicht ersetzen, sondern ergänzen. Die Kommission versteht die Integration der Kapitalmärkte auf langfristige Sicht als einen bedeutenden Baustein für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Ankurbelung des innereuropäischen Wirtschaftswachstums und kündigt für den 18.02.2015 die Veröffentlichung eines Grünbuchs zur Kapitalmarktunion verbunden mit einer daran anschließenden öffentlichen Konsultation an (s. den Beitrag des StMFLH in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-3800_de.pdf

KOMMISSION WILL FREISTELLUNG FÜR PENSIONS FONDS VON DER CLEARINGPFLICHT VERLÄNGERN

Am 03.02.2015 hat die Kommission in einem Bericht zu den Fortschritten und Anstrengungen der zentralen Gegenparteien (CCPs) bei der Erarbeitung technischer Lösungen für die Übertragung unbarer Sicherheiten als Nachschusszahlungen durch Altersversorgungssysteme empfohlen, außerbörsliche Derivatgeschäfte von Pensionsfonds für weitere zwei Jahre von der Clearingpflicht freizustellen. Die aktuelle Freistellung von der im August 2012 in Kraft getretenen Derivate-Verordnung EMIR läuft noch bis August 2015. Eine verlängerte Freistellung soll den zentralen Gegenparteien mehr Zeit bei der Ausarbeitung von alternativen Lösungen für die Altersversorgungssysteme verschaffen.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-3643_de.htm?locale=en

Bericht der Kommission (in englischer Sprache):

http://ec.europa.eu/finance/financial-markets/docs/derivatives/150203-report_en.pdf

AUßENWIRTSCHAFT

ACHTE VERHANDLUNGSRUNDE ZU TTIP IN BRÜSSEL

In der Woche vom 02.02. - 06.02.2015 fand in Brüssel die achte Verhandlungsrunde zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) statt. Dabei stand dieses Mal auch der Abschnitt zur regulatorischen Kooperation auf der Tagesordnung, bei der es v.a. um den Automobil-, Energie-, Kosmetika- und Pharmasektor ging. Über das Kapitel zum Investitionsschutz wurde nicht gesprochen. Wie bei jeder Verhandlungsrunde führte die Kommission Mitte der Woche ein Stakeholder-Treffen durch, bei dem insbesondere die Zivilgesellschaft aufgefordert war, ihre Anliegen an die Kommission heranzutragen. Bis zur Sommerpause möchten die Verhandlungsteams alle Teile des Abkommens adressiert haben und wichtige technische Fortschritte erzielen. Politisch sensible Bereiche möchte man im Herbst angehen. Die Kommission sieht weiterhin Raum für den Abschluss des Abkommens im Jahr 2016.



Programm des Stakeholder-Meetings (in englischer Sprache):

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/february/tradoc_153079.pdf

EMK TRIFFT HANDELSKOMMISSARIN *MALMSTRÖM* IN BRÜSSEL

Im Vorfeld der achten Verhandlungsrunde zu TTIP traf Handelskommissarin *Cecilia Malmström* am 30.01.2015 mit den Europaministern der deutschen Länder im Rahmen der Europaministerkonferenz in Brüssel zusammen, um über Chancen und Risiken von TTIP zu diskutieren. Dabei arbeitete *Malmström* in ihrer Rede v.a. die Vorteile von TTIP für die deutsche Wirtschaft heraus und versicherte, dass TTIP weder die Rechte von Bürgern, noch Umwelt- und Sozialstandards oder das Recht der Mitgliedstaaten auf Regulierung unterwandern würde. TTIP werde vielmehr dazu beitragen, hohe Standards auf beiden Seiten zu fördern und ein globales Zeichen für gemeinsame Werte wie Demokratie, Aufklärung und Rechtsstaatlichkeit zu setzen. Die strategisch wichtige Bedeutung des Abkommens für die Partnerschaft der EU mit den USA müsse jeder erkennen und sie bat die EMK um ihre Unterstützung.

Rede von Handelskommissarin *Malmström* anlässlich der EMK in Brüssel:

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/february/tradoc_153077.pdf

EP BEREITET RESOLUTION MIT EMPFEHLUNGEN AN DIE KOMMISSION ZU TTIP VOR

Unter der Federführung von Berichterstatter und Ausschussvorsitzendem *Bernd Lange* (SPD) bereitet der Ausschuss für internationalen Handel (INTA) eine Resolution des EP mit „Empfehlungen an die Kommission zu TTIP“ vor. Grundlage ist derzeit noch ein Arbeitsdokument von *Lange*, der seinen Berichtsentwurf in der letzten Februarwoche vorlegen möchte. Sein Arbeitspapier sieht in TTIP ein mögliches Instrument für nachhaltiges Wachstum und einen wichtigen Schritt hin zu einem Regelwerk auf multilateraler Ebene, welches am Ende das eigentliche Ziel bleiben müsse. Den größten wirtschaftlichen Nutzen sieht *Lange* bei der geplanten Zusammenarbeit in Regulierungsfragen und bei der Beseitigung nichttarifärer Handelshemmnisse. TTIP müsse allerdings dazu beitragen, die Globalisierung „in die richtigen Bahnen zu lenken“, ein „Wettlauf nach unten“ betreffend die Standards für Arbeitnehmer, Verbraucher und Umwelt dürfe es nicht geben. Transparenz der Verhandlungen müsse zu jeder Zeit gewährleistet sein und weiter verbessert werden. Rote Linien zieht *Lange* in seinem Arbeitspapier bei der Fördermöglichkeit des Kultursektors, bei der Organisation der öffentlichen Dienstleistungen und dem Schutz der Daseinsvorsorge in Europa. Diese Bereiche sieht *Lange* als nicht verhandelbar an.

Arbeitsdokument von MdEP *Lange*:

http://www.bernd-lange.de/imperia/md/content/berndlange/2015/inta_dt_2015_546593_de.pdf



KOMMISSION LEGT MITTEILUNG FÜR BESSERE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT VOR

Die Kommission hat am 05.02.2015 ihre Mitteilung „Eine globale Partnerschaft für Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung für die Zeit nach 2015“ veröffentlicht. Diese dient als Grundlage für die Standpunkte der EU bei der dritten Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung im Juli 2015 in Addis Abeba und für das UN-Gipfeltreffen über die Post-2015-Agenda im September in New York. Dabei präsentiert die EU einige Vorschläge dafür, wie sich die internationale Gemeinschaft für die Verwirklichung globaler Ziele besser organisieren und die EU sich bei diesen Anstrengungen verstärkt einbringen könnte.

Pressemitteilung der Kommission mit Link zur Mitteilung:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4141_de.htm?locale=en

ENERGIE

ORIENTIERUNGSDEBATTE DER KOMMISSION ZUR ENERGIEUNION

Mit einer Orientierungsdebatte hat sich das Kommissarskollegium in seiner wöchentlichen Sitzung am 04.02.2015 mit der im Arbeitsprogramm der Kommission angekündigten Energieunion als einer der zehn Prioritäten der politischen Leitlinien von Kommissionspräsident *Jean-Claude Juncker* beschäftigt. Die von dem Vizepräsidenten für die Energieunion *Maroš Šefčovic* zusammen mit dem Energie- und Klimakommissar *Miguel Arias Cañete* zu erarbeitende Mitteilung soll am 25.02.2015 vorgelegt werden. Damit möchte die Kommission den Startschuss für eine neue Energiepolitik in Europa geben, die sie wettbewerbsorientiert, sicher und nachhaltig gestalten möchte. Die Energieunion soll auf fünf Säulen basieren, die sich gegenseitig verstärken sollen: (1) Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit, (2) Vollendung eines wettbewerbsfähigen Energiebinnenmarktes, (3) Steigerung der Energieeffizienz, (4) Dekarbonisierung der Wirtschaft und des Energiemixes sowie (5) Förderung von Forschung und Entwicklung im Energiebereich. Zur Umsetzung und Durchsetzung der Energieunion möchte die Kommission einen eigenen Governance-Mechanismus installieren, der auch die Energie- und Klimaziele 2030 von Oktober 2014 überwachen soll.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4103_de.htm?locale=en

KONSULTATION ZUR ÜBERARBEITUNG DER VERORDNUNG ZUR GEWÄHRLEISTUNG EINER SICHEREN ERDGASVERSORGUNG

Die Kommission hat am 15.01.2015 eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Verordnung Nr. 994/2010 über Maßnahmen zur Gewährleistung einer sicheren Erdgasversorgung (SoS-Verordnung) gestartet. Die SoS-Verordnung soll das reibungslose Funktionieren des Erdgasbinnenmarktes im Falle von Versorgungsengpässen sicherstellen und sieht hierzu konkrete Präventionsmaßnahmen vor; dabei wird auch die Zuständigkeit von Erdgasunternehmen, der Mitgliedstaaten und der EU geregelt. Mittels der Konsultation



möchte die Kommission nun Verbesserungsmöglichkeiten des Systems ermitteln. Inhaltlich konzentrieren sich die 40 Fragen v.a. auf die Überprüfung von Infrastruktur- und Versorgungsstandards, Fortschritte bei Umkehrflüssen, Verbesserungen bei der Risikobewertung, die Harmonisierung nationaler Präventionspläne, Versorgungsstandards für geschützte Kunden, Solidaritätsmaßnahmen sowie die Ausgestaltung nationaler Notfallpläne. Die Konsultation läuft noch bis zum 08.04.2015.

Website der Konsultation (in englischer Sprache):

<https://ec.europa.eu/energy/en/consultations/consultation-revision-regulation-eu-no-9942010-concerning-measures-safeguard-security>

TECHNOLOGIE UND INNOVATION

KONSULTATION DER KOMMISSION ZU GLOBALEN ERDBEOBACHTUNGSDIENSTEN (GEOSS)

Die EU startete am 26.01.2015 eine öffentliche Konsultation zu möglichen Maßnahmen für eine weltweite Koordination von Erdbeobachtungen mit Unterstützung der Group on Earth Observations (GEO). Dabei sollen vor allem Meinungen von Behörden, Forschungseinrichtungen, NGOs und relevanten Wirtschaftsunternehmen eingeholt werden. Die Konsultation baut auf vorherigen Konsultationen der Kommission aus den Jahren 2013 und 2014 auf, durch die der aktuelle Stand der Umsetzung des Global Earth Observation System of Systems (GEOSS) durch die GEO in den letzten zehn Jahren herausgearbeitet wurde. Darauf aufbauend soll die jetzige Konsultation nun dazu beitragen, GEOSS so weiterzuentwickeln, dass es einen wertvollen Beitrag zur EU-Politik, der Erschließung von Geschäftsmöglichkeiten für die europäische Industrie und zur europäischen Gesellschaft an sich leisten kann. Die Konsultation läuft bis zum 20.04.2015.

Website zur Konsultation der Kommission (in englischer Sprache):

http://ec.europa.eu/research/consultations/geo/consultation_en.htm

HORIZONT 2020: ERGEBNISSE DER VORAUSWAHL BEI FÖRDERLINIE ZUR ANGLEICHUNG DER FORSCHUNGSLEISTUNGEN IN EUROPA

Die Kommission hat am 30.01.2015 die Ergebnisse der ersten Auswahlphase bei der erstmaligen Anwendung der Förderlinie „Verbreitung von Exzellenz und Ausweitung der Beteiligung“ des Forschungsrahmenprogramms Horizont 2020 veröffentlicht. Die geplanten Finanzhilfen sollen dazu beitragen, Unterschiede hinsichtlich der Forschungsleistungen einzelner EU-Länder auszugleichen. Unterstützt werden sollen Forschungsleistungen und Investitionen in Ländern mit einer geringeren Exzellenz in der Forschung, aber großem Potenzial in diesem Bereich. 31 Projekte, denen in einer ersten Phase Mittel von insg. 14,5 Mio. € für die Entwicklung eines Geschäftsplans zum künftigen Forschungszentrum zur Verfügung gestellt werden, wurden dabei ausgewählt. Ausgerichtet an einem leistungsorientierten Prüfungsverfahren können in einer zweiten Phase bis zu zehn dieser Projekte weitere Finanzhilfen von insg. ca. 87 Mio. € für die



Umsetzung des jeweiligen Forschungszentrums erhalten. Mehrfach beteiligt an den Projekten sind das Max-Planck-Institut und das Fraunhofer Institut sowie auch die Julius-Maximilians-Universität in Würzburg und die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (s. den Beitrag des StMBW in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission mit Link zur Liste der ausgewählten Projekte:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-3885_de.htm

STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

BERICHT ÜBER DEN AGRARRAT VOM 26.01.2015

Am 26.01.2015 fand der eintägige Agrarrat in Brüssel erstmalig unter der Leitung des lettischen Landwirtschaftsminister *Jānis Dūklavs* statt. Der deutschen Delegation stand Staatssekretär *Robert Kloos* vor. Neben Fischereifragen lagen die inhaltlichen Schwerpunkte bei der Vorstellung des Programms der lettischen Ratspräsidentschaft im Bereich Landwirtschaft und Fischerei und den Auswirkungen des Russlandembargos auf den europäischen Agrarsektor.

Link zur Ratssitzung, der Aufzeichnung der Ratssitzung sowie zur Tagesordnung und Pressemitteilung:

<http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/agrifish/2015/01/26/>

BERICHT AUS DER SITZUNG DES AGRI VOM 21.01.2015

Am 21.01.2015 fand die erste Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI) im Jahr 2015 statt. Die inhaltlichen Schwerpunkte lagen bei folgenden Punkten:

- Beihilferegelung für die Abgabe von Obst und Gemüse, Bananen und Milch in Bildungseinrichtungen
- Eine neue EU-Forststrategie: für Wälder und die Forstwirtschaft
- Aussprache mit *Jānis Dūklavs*, Landwirtschaftsminister Lettlands
- Herstellung, Inverkehrbringen und Verwendung von Arzneifuttermitteln sowie Aufhebung der Richtlinie 90/167/EWG des Rates
- Aussprache zu dem Thema „Gegen unlautere Handelspraktiken zwischen Unternehmen in der Lebensmittelversorgungskette COM(2014)0472“
- Aussprache über die „Stellungnahme zu einem Bericht des INTA-Ausschusses über die TTIP-Verhandlungen“ (INTA: Ausschuss für internationalen Handel)

Sitzungsdokument der Sitzung AGRI vom 21.01.2015:

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014_2019/organes/agri/agri_20150121_0900.htm



STAATSMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES, FAMILIE UND INTEGRATION

VORSCHLAG DER KOMMISSION FÜR EINE HÖHERE VORFINANZIERUNG IM RAHMEN DER JUGENDBESCHÄFTIGUNGSINITIATIVE

Um im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit in der EU die Mitgliedstaaten bei ihrer Umsetzung der Jugendgarantie weiter zu unterstützen, stellte die Kommission am 04.02.2015 einen Vorschlag vor, der die Vorfinanzierungsquote der Jugendbeschäftigungsinitiative von derzeit 1-1,5 % auf 30 % für dieses Jahr erhöht. Das bedeutet, dass die Mitgliedstaaten, die von dieser Initiative profitieren, 30 % der Mittelzuweisung (insgesamt rund 1 Mrd. €) noch dieses Jahr sofort nach Genehmigung der operationellen Programme erhalten können. Die Kommission reagierte damit auf Vorbringen einiger Mitgliedstaaten, die Probleme beim Start von Projekten im Rahmen dieser Initiative wegen Liquiditätsengpässen infolge von Haushaltszwängen geltend gemacht hatten. Laut Sozialkommissarin *Thyssen* sei die Jugendarbeitslosigkeit weiterhin das drängendste Problem in ihrem Bereich, weshalb es so wichtig sei, dass das zur Verfügung stehende Geld schnellstmöglich bei den Projekten zur Unterstützung der jungen Menschen tatsächlich eingesetzt und den jungen Menschen damit sofort geholfen werde.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4100_de.htm

VO-Vorschlag (auf Englisch):

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=13460&langId=en>

NIEDRIGSTE ARBEITSLOSENQUOTE IM EURORAUM IM DEZEMBER 2014 SEIT AUGUST 2012

Der Pressemitteilung des statistischen Amtes der EU, Eurostat, zufolge lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote des Euroraums im Dezember 2014 bei 11,4 % und fiel somit sowohl gegenüber dem Vormonat November (11,5 %) als auch gegenüber Dezember 2013 (11,8 %). In der EU28 lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Dezember 2014 bei 9,9 %, ein Rückgang gegenüber 10,0 % im November 2014 und 10,6 % im Dezember 2013. Das letzte Mal lag die Quote der EU28 im Oktober 2011 unter 10,0 %. Die niedrigsten Arbeitslosenquoten meldeten Deutschland (4,8 %) und Österreich (4,9 %), die höchsten Griechenland mit 25,8 % (im Oktober 2014) und Spanien mit 23,7 %. Insgesamt fiel die Arbeitslosenquote von Dezember 2013 bis Dezember 2014 in 24 der 28 Mitgliedstaaten, blieb in Belgien gleich und stieg in Finnland (von 8,3 % auf 8,9 %), Italien (von 12,6 % auf 12,9 %) und Frankreich (von 10,2 % auf 10,3 %) an.

Pressemitteilung von Eurostat:

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/6581672/3-30012015-AP-DE.pdf/3894cb84-b8b5-4733-965c-9020541999e6>



KOMMISSION WILL FREISTELLUNG FÜR PENSIONS FONDS VON DER CLEARINGPFLICHT VERLÄNGERN

Am 03.02.2015 hat die Kommission in einem Bericht zu den Fortschritten und Anstrengungen der zentralen Gegenparteien (CCPs) bei der Erarbeitung technischer Lösungen für die Übertragung unbarer Sicherheiten als Nachschusszahlungen durch Altersversorgungssysteme empfohlen, außerbörsliche Derivatgeschäfte von Pensionsfonds für weitere zwei Jahre von der Clearingpflicht freizustellen. Die aktuelle Freistellung von der im August 2012 in Kraft getretenen Derivate-Verordnung EMIR läuft noch bis August 2015. Eine verlängerte Freistellung soll den zentralen Gegenparteien mehr Zeit bei der Ausarbeitung von alternativen Lösungen für die Altersversorgungssysteme verschaffen. Diese Systeme bräuchten für ein zentrales Clearing Barmittel, welches auf Grund der Geschäftsmodelle momentan nicht zur Verfügung stehe. Eine Clearingpflicht hätte zur Folge, dass den Pensionsfonds jährlich eine zusätzliche Belastung von 2,3 - 2,9 Mrd. € entstünde, was wiederum das Renteneinkommen in der EU in den nächsten 20 - 40 Jahren um bis zu 3,66 % schmälern könnte. Eine Verlängerung der Freistellung von der Clearingpflicht für Pensionsfonds würde einen delegierten Rechtsakt der Kommission erfordern. Die EMIR-Verordnung hat zum Ziel, den bis dahin unkontrollierten außerbörslichen Handel mit Derivaten durch die Schaffung von beaufsichtigten zentralen Gegenparteien und die Einführung eines Transaktionsregisters transparenter und sicherer zu gestalten (s. hierzu Beitrag des StMFLH in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-3643_de.htm?locale=en

Bericht der Kommission (in englischer Sprache):

http://ec.europa.eu/finance/financial-markets/docs/derivatives/150203-report_en.pdf

EUGH-GENERALANWALT: ERFORDERNIS EINER INTEGRATIONSPRÜFUNG FÜR LANGJÄHRIG AUFHÄLTIGE DRITTSTAATSANGEHÖRIGE IST UNVERHÄLTNISSMÄSSIG

Generalanwalt *Maciej Szpunar* hat dem EuGH in seinen Schlussanträgen vom 28.01.2015 vorgeschlagen zu entscheiden, dass die Richtlinie 2003/109 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen zwar Integrationsmaßnahmen für Drittstaatsangehörige erlaubt, die Rechtsstellung von langfristig Aufenthaltsberechtigten jedoch nicht von einer Integrationsprüfung abhängig gemacht werden dürfe. Die Mitgliedstaaten könnten von Drittstaatsangehörigen verlangen, dass diese Integrationsanforderungen gemäß dem nationalen Recht erfüllen. Solche Maßnahmen dürften aber, um mit den Zielen der Richtlinie in Einklang zu stehen, ausschließlich dazu beitragen, den langfristig Aufenthaltsberechtigten in das Gesellschafts- und Wirtschaftsleben im Aufenthaltsstaat einzubinden. Sie dürften deshalb nicht auf eine offene oder verdeckte Bedingung für die Aufrechterhaltung der Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten oder die Ausübung der damit verbundenen Rechte hinauslaufen. Ab dem Zeitpunkt der Erlangung der Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten müssten Integrationsmittel gegenüber diesen Personen auf Integrationsmaßnahmen beschränkt sein. Nach Auffassung



des Generalanwalts trägt eine obligatorische Prüfung der Sprachkenntnisse oder der Kenntnisse über die Gesellschaft nicht zur Erreichung des Ziels der Integrationsmaßnahmen – Erleichterung der Eingliederung der betreffenden Person in die Gesellschaft – bei. Vielmehr werde der Grundgedanke der Integrationsmaßnahmen in Frage gestellt, weil es sich nicht mehr um bloße Maßnahmen zur Förderung der Sozialisation in der jeweiligen Gesellschaft handle, sondern um Anforderungen im Zusammenhang mit dem Aufenthalt in dem betreffenden Staat. Eine Person, die aber seit langer Zeit in dem betreffenden Staat lebe, sei mit ihm bereits über ein Netz von Integrationsverbindungen (Familie, Arbeit, Nachbarschaftsleben, Hobbies) verbunden. Eine Integrationsmaßnahme, die eine individuelle Bewertung dieser tatsächlichen Umstände nicht zulasse, sei daher im Hinblick auf das Ziel, die weitere Eingliederung der betreffenden Person in das Gesellschaftsleben zu erleichtern, unverhältnismäßig. Ebenso unverhältnismäßig sei die für den Fall der Nichterfüllung der Integrationspflicht vorgesehene Sanktion einer Geldbuße.

Es bleibt abzuwarten, ob sich der EuGH den Ausführungen des Generalanwalts anschließt. Insbesondere wird zu klären sein, ob es sich bei der „Integrationsprüfung“ um Integrationsanforderungen im Sinn der Richtlinie handelt sowie ob und in welchem Umfang Mitgliedstaaten dahinter zurückbleibende Integrationsmaßnahmen in ihrem nationalen Recht regeln können (s. hierzu Beitrag des StMI in diesem EB).

Weitere Informationen:

PM des EuGH:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2015-01/cp150011de.pdf>

Schlussanträge von Generalanwalt Szpunar:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=161894&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=307266>

STAATSMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND KULTUS, WISSENSCHAFT UND KUNST

CULT-AUSSCHUSS DES EP: KOMMISSAR OETTINGER STELLT SCHWERPUNKTE VOR

Am 27.01.2015 hat der Kommissar für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft, *Günther Oettinger*, im Bildungs- und Kulturausschuss des EP (CULT) seine Schwerpunkte vorgestellt. Dabei kündigte er u. a. an, die Verabschiedung der Datenschutzgrundverordnung sowie die Urheberrechtsreform vorantreiben zu wollen. Zudem hob er die Bedeutung der digitalen Bildung hervor. Die passive IT-Kompetenz der Jugendlichen sei zwar sehr hoch, dennoch fehle es an IT-Fachkräften. Eine besondere Aufgabe sei die digitale Bildung auch der „normalen“ Bürger, insbesondere der Arbeitslosen und sozial Schwachen. Dafür sollen z. B. Gutscheine für eine digitale Ausbildung angeboten werden, um damit eine Grundkompetenz in diesem Bereich zu erwerben.



Link zur Rede *Oettingers* und anschließenden Aussprache im CULT:

<http://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/committees/video?event=20150127-1530-COMMITTEE-CULT>

HORIZONT 2020: ERGEBNISSE DER VORAUSWAHL BEI FÖRDERLINIE ZUR ANGLEICHUNG DER FORSCHUNGSLEISTUNGEN IN EUROPA

Die Kommission hat am 30.01.2015 die Ergebnisse der ersten Auswahlphase bei der erstmaligen Anwendung der Förderlinie „Verbreitung von Exzellenz und Ausweitung der Beteiligung“ des Forschungsrahmenprogramms „Horizont 2020“ veröffentlicht. Die geplanten Finanzhilfen sollen dazu beitragen, Unterschiede hinsichtlich der Forschungsleistungen einzelner EU-Länder auszugleichen. Unterstützt werden sollen Forschungsleistungen und Investitionen in Ländern mit einer geringeren Exzellenz in der Forschung, aber großem Potenzial in diesem Bereich. 31 Projekte, denen in einer ersten Phase Mittel für die Entwicklung eines Geschäftsplans zum künftigen Forschungszentrum zur Verfügung gestellt werden, wurden dabei ausgewählt. Ausgerichtet an einem leistungsorientierten Prüfungsverfahren können in einer zweiten Phase bis zu zehn dieser Projekte weitere Finanzhilfen für die Umsetzung des jeweiligen Forschungszentrums erhalten. Für die erste Phase beläuft sich die Unterstützung auf 14,5 Mio. €, für die zweite Phase sind etwa 87 Mio. € vorgesehen. Unter den erfolgreichen Anträgen der ersten Auswahlrunde sind auch zwei Projekte mit bayerischer Beteiligung. Die Julius-Maximilians-Universität in Würzburg und die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg können gemeinsam mit ihren federführenden Partnern, dem polnischen Nationalen Zentrum für Forschung und Entwicklung in Warschau bzw. der Universität Trenčín aus der Slowakei ihre Anträge weiter ausarbeiten.

Allgemeine Informationen zum Programm „Horizont 2020:

<http://ec.europa.eu/programmes/horizon2020/>

Grundlage für aktuelle Ausschreibung (nur auf Englisch):

http://ec.europa.eu/research/participants/portal/doc/call/h2020/common/1635101-part_15_widening_participation_v2.1_en.pdf

DEUTSCHE GEWINNERIN BEI EU-WEITEM ÜBERSETZUNGSWETTBEWERB „JUVENES TRANSLATORES“ KOMMT AUS DEGGENDORF

Veronika Gräfe von der Fremdsprachenschule Deggendorf ist die deutsche Siegerin beim EU-weiten Übersetzungswettbewerb „Jvenes Translatores“. Bei dem seit 2007 veranstalteten Übersetzungswettbewerb waren alle Schülerinnen und Schüler, die im Jahr 1997 geboren wurden, teilnahmeberechtigt. Ziel des Wettbewerbs ist es, das Erlernen von Fremdsprachen an Schulen zu fördern und einen Einblick in die Übersetzungsarbeit zu geben. Von den Schulen, die an dem Wettbewerb teilnahmen, wurden je zwei bis fünf Kandidaten ausgewählt, die am 27.11.2014 zeitgleich Texte zu den Themen europäischer Identität und den über ganz Europa verteilten Wurzeln vieler EU-Bürger übersetzten, wobei Ausgangs- und Zielsprache zwischen allen 24 Amtssprachen der EU frei wählbar waren. Die Texte wurden von Mitarbeitern des



Übersetzungsdiensts der Kommission verfasst, welche auch die Übersetzungen bewerteten. *Veronika Gräfe* übersetzte einen Text mit dem Titel „Kreise, die sich stetig ausbreiten“ vom Englischen ins Deutsche. Als eine der 28 besten Nachwuchsübersetzer der EU darf sie im April nach Brüssel fahren, um dort ihren Preis in Empfang zu nehmen.

Informationen zum Wettbewerb 2014:

http://ec.europa.eu/translatadores/archive/2014/index_de.htm

STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

UMWELT UND NATURSCHUTZ

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT ERGEBNISSE DER KONSULTATION ZUR „NO-NET-LOSS-INITIATIVE“ DER BIODIVERSITÄTSSTRATEGIE

Am 22.01.2015 hat die Kommission die Ergebnisse der Online-Konsultation zur „No-Net-Loss-Initiative“ vorgelegt. Laut dem Abschlussbericht sprechen sich die Mehrzahl der Beteiligten dafür aus, die Initiative nicht nur auf Landnutzungsänderung und Schadstoffeinträge durch diffuse Quellen zu beziehen, sondern forderten alle wichtigen Einflussfaktoren, die zum Verlust von Biodiversität führen, z.B. auch die Klimaveränderung, aufzunehmen. Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei und Aquakultur wurden als wichtige Sektoren genannt. Eine große Mehrheit war der Meinung, dass sich die Initiative nur auf Gebiete außerhalb der Natura-2000-Gebieten beziehen und von Anfang an sowohl die terrestrische wie auch die marine Umwelt umfassen sollte.

Link zu den Konsultationsergebnissen (engl.):

<http://ec.europa.eu/environment/nature/biodiversity/nnl/pdf/report.pdf>

EUROPÄISCHE CHEMIKALIENAGENTUR VERÖFFENTLICHT REACH 2018 ROADMAP

Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat ihre REACH 2018 Roadmap bis zur abschließenden Registrierungsfrist am 31.05.2018 veröffentlicht. Diese Frist gilt für Unternehmen, die Substanzen in kleineren Mengen zwischen 1 bis 100 t/Jahr produzieren. Um Unternehmen bei der Registrierung bis zu dieser Frist zu unterstützen, hat die ECHA eine Roadmap erarbeitet, in der die unterschiedlichen Meilensteine, die ab jetzt bis zur Deadline notwendig sind, und unterstützende Dienstleistungen, die die ECHA anbietet, aufgezeigt werden. Insbesondere werden die sieben Phasen, die für einen erfolgreichen Registrierungsprozess notwendig sind, inklusive ihres Zeitaufwandes dargelegt. Das Informationsmaterial soll in 23 Sprachen zur Verfügung gestellt werden.



Link zur REACH 2018 Roadmap:

http://echa.europa.eu/documents/10162/13552/reach_roadmap_2018_web_final_en.pdf

VERBRAUCHERSCHUTZ

ENVI FORDERT KENNZEICHNUNG DER HERKUNFT VON FLEISCH IN FERTIGPRODUKTEN

Am 21.01.2015 hat der Ausschuss für Umweltfragen, Öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) eine Resolution verabschiedet, in der das Parlament die Kommission auffordert, einen Gesetzesvorschlag für die verpflichtende Kennzeichnung der Herkunft von Fleischzutaten in Fertigprodukten vorzulegen. Mit der verpflichtenden Kennzeichnung soll mehr Transparenz in der Lebensmittelkette und eine bessere Information der europäischen Verbraucher sichergestellt werden. Darüber hinaus soll das beim Pferdefleischskandal verloren gegangene Vertrauen der Verbraucher in Fertigprodukte wieder hergestellt werden und weitere Lebensmittelskandale verhindert werden. Das Parlament wird über die jetzt vorliegende Resolution am 10.02.2015 in Straßburg abstimmen.

Link zur Resolution:

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014_2019/documents/envi/re/1042/1042208/1042208de.pdf

ACHTE VERHANDLUNGSRUNDE ZU TTIP IN BRÜSSEL

In der Woche vom 02.02. - 06.02.2015 fand in Brüssel die achte Verhandlungsrunde zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) statt. Dabei stand dieses Mal auch der Abschnitt zur regulatorischen Kooperation auf der Tagesordnung, bei der es u.a. um den Kosmetika- und Pharmasektor ging. Über das Kapitel zum Investitionsschutz wurde nicht gesprochen. Bis zur Sommerpause möchten die Verhandlungsteams alle Teile des Abkommens adressiert haben und wichtige technische Fortschritte erzielen. Die Kommission plant weiterhin den Abschluss des Abkommens im Jahr 2016 (s. hierzu auch Beitrag des StMWi in diesem EB).

Programm des Stakeholder-Meetings (engl.):

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/february/tradoc_153079.pdf

EUROPÄISCHE LEBENSMITTELBEHÖRDE LEGT ZONOSENBERICHT VOR

Am 28.01.2015 haben die Europäische Lebensmittelbehörde (EFSA) und das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) einen Bericht über das Zoonose-Monitoring in 32 europäischen Staaten im Jahr 2013 vorgelegt. Aus dem Bericht geht hervor, dass sich zwar die Zahl der gemeldeten Campylobacter-Infektionen beim Menschen nach stetigem Anstieg in den letzten Jahren erstmals in fünf Jahren stabilisiert hat, aber dennoch die am häufigsten gemeldete lebensmittelbedingte Erkrankung in der EU bleibt. Bei Lebensmitteln findet sich der Campylobacter-Erreger am häufigsten in Hähnchenfleisch. Die Zahl der Listeriose- und VTEC-Infektionen beim Menschen ist in den letzten fünf Jahren stetig gestiegen.



Obwohl die Zahl der bestätigten Listeriose-Fälle mit 1.763 relativ niedrig ist, sind diese Fälle besonders besorgniserregend, da es sich bei den gemeldeten Listeria-Infektionen überwiegend um schwere, invasive Formen der Krankheit handelt, die eine höhere Sterberate aufweisen als andere durch Lebensmittel übertragene Krankheiten. Die Zahl der Salmonellose-Fälle ist das achte Jahr in Folge gefallen. Der Bericht führt den Rückgang von Salmonellen auf Kontrollprogramme bei Geflügel zurück.

Link zum Bericht:

<http://www.efsa.europa.eu/en/efsajournal/pub/3991.htm>

WISSENSCHAFTLICHER BERICHT ZUR ANTIBIOTIKARESISTENZ VERÖFFENTLICHT

Die Europäische Lebensmittelagentur (EFSA), das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) haben einen wissenschaftlichen Bericht zum Zusammenhang zwischen dem Verbrauch von Antibiotika und der Antibiotikaresistenz von Bakterien bei Menschen und Tieren, die zur Lebensmittelgewinnung genutzt werden, veröffentlicht. Dabei wurde bei den meisten ausgewählten Antibiotika ein Zusammenhang zwischen dem Verbrauch und der Resistenz von Bakterien sowohl bei Menschen als auch bei Tieren beobachtet.

Link zum Bericht:

<http://www.efsa.europa.eu/de/efsajournal/pub/4006.htm>

STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

EU-BERICHT ZUR ANTIBIOTIKARESISTENZ VERÖFFENTLICHT

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC), die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) haben am 30.01.2015 einen Bericht über die integrierte Analyse des Verbrauchs antimikrobieller Wirkstoffe und das Auftreten von Antibiotikaresistenzen bei Bakterien in Menschen und zur Lebensmittelgewinnung dienenden Tieren veröffentlicht. Laut dem Bericht bestehen zwischen den europäischen Ländern bedeutende Unterschiede im Hinblick auf den Verbrauch antimikrobieller Wirkstoffe bei Tieren und Menschen. Außerdem weist der Bericht auf die große Lücke bei der Verfügbarkeit von Daten hin, die geschlossen werden muss, um Antibiotikaresistenzen effektiv zu bekämpfen. Dies betrifft zusätzliche Daten über den Antibiotikaverbrauch nach Tierarten, den Antibiotikaverbrauch in Krankenhäusern für weitere europäische Länder sowie die Überwachung resistenter Bakterien in der normalen Flora bei gesunden sowohl als auch bei kranken Personen. Der Bericht ist Grundlage zur wirksamen Bekämpfung der bakteriellen Resistenzentwicklung und wird u.a. auch in den Aktionsplan der Kommission zur Abwehr der zunehmenden Gefahr durch Antibiotikaresistenzen einfließen.



Link zum Bericht:

<http://www.efsa.europa.eu/de/efsajournal/pub/4006.htm>

EMA EMPFIEHLT VERKAUFSVERBOT VON 700 GENERISCHEN ARZNEIMITTELN

Der Ausschuss für Humanarzneimittel (CHMP) bei der Europäischen Arzneimittelbehörde (EMA) hat am 23.01.2015 das Ruhen von 700 Arzneimittel-Zulassungen empfohlen, die auf mangelhaften klinischen Studien des indischen Unternehmens GVK Biosciences beruhen. Mit der CHMP-Empfehlung ist das europäische Verfahren noch nicht endgültig abgeschlossen. Die betroffenen Unternehmen haben zunächst noch die Möglichkeit Einspruch einzulegen. Die Kommission wird abschließend eine rechtlich bindende Entscheidung über den Vorschlag treffen. Ausnahmen sollen für unersetzliche Arzneimittel gelten. Bereits im vergangenen Dezember hatte das Bundesamt für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) für zahlreiche deutsche Arzneimittel wegen invalider Studiendaten das Ruhen der Zulassung angeordnet.

Liste der betroffenen Arzneimittel (Stand: 04.02.2015):

<http://www.bfarm.de/Arzneimittel/Pharmakovigilanz/Risikoinformationen=52>

50 JAHRE EUROPÄISCHE PHARMAGESETZGEBUNG

Am 26.01. vor 50 Jahren wurde die erste europäische Richtlinie zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über Arzneyspezialitäten (RL 65/65/EWG) erlassen und damit die Pharmagesetzgebung auf die EU-Agenda gesetzt. Einige der darin eingeführten Grundprinzipien haben bis heute ihre Gültigkeit. Der Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, *Vytenis Andriukaitis*, lobte in seinem Statement zum 50sten Jahrestag der europäischen Pharmagesetzgebung die Verdienste der EU bei der Weiterentwicklung der Gesetzgebung in diesem Bereich, um hohe Qualitäts-, Sicherheits- und Effizienzstandards für Arzneimittel sicherzustellen. Klinische Studien in der EU tragen u.a. dazu bei, dass Arzneimittel, die von der EU autorisiert wurden, die höchsten Qualitätsstandards aufweisen. Daneben trägt die europäische Gesetzgebung auch zu einer Unterstützung der Arzneimittelforschung und -entwicklung bei. Es ist ein Paradebeispiel für den von der EU gebrachten Mehrwert in unser tägliches Leben, so Kommissar *Andriukaitis*. Er betonte ferner die große Bedeutung der Pharmaindustrie für die europäische Wirtschaft und deren führende Stellung im internationalen Vergleich.

Informationsblatt 50 Jahre EU-Pharmagesetzgebung (englische Fassung):

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-15-3960_en.htm

Meilensteine aus 50 Jahren EU-Pharmagesetzgebung (englische Fassung):

http://ec.europa.eu/health/50_years_of_eu_milestones/timeline.htm



IUK- UND MEDIENPOLITIK

EP: KOMMISSAR *OETTINGER* KÜNDIGT BIS MÄRZ 2016 REFORMVORSCHLAG ZUR AVMD-RICHTLINIE AN

Am 27.01.2015 kündigte Kommissar *Günther Oettinger* (Digitale Wirtschaft und Gesellschaft) im EP-Kulturausschuss (CULT) bei der Vorstellung seiner Schwerpunkte im Bereich Rundfunk und Medien an, bis März 2016 einen ersten Reformvorschlag für die Audiovisuelle Mediendienste-Richtlinie (AVMD-RL) vorzulegen. Dabei verwies *Oettinger* auf das bis Ende 2015 laufende Refit („Regulatory Fitness“)-Verfahren, in dessen Rahmen überprüft würde, ob die Richtlinie noch ihren Zweck erfülle. Hierzu erwarte er Input von allen interessierten und beteiligten Kreisen. Nach seiner vorläufigen Einschätzung bestünde Reformbedarf. Insbesondere müsse in der Richtlinie auch der Jugendschutz gestärkt werden. Zugang zu pornografischen, gewaltverherrlichenden und verbrecherischen Inhalten müsse erschwert werden. *Oettinger* betonte, dass es angesichts der technologischen Veränderungen im digitalen Sektor von enormer Bedeutung sei, zügig zu arbeiten, sodass die neue Richtlinie in spätestens einem bzw. eineinhalb Jahren in Kraft treten könne.

Die Rede *Oettingers* und anschl. Aussprache im CULT-Ausschuss sind abrufbar unter:

<http://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/committees/video?event=20150127-1530-COMMITTEE-CULT>

KOMMISSAR *OETTINGER* FORDERT BEI INFORMELLEM MINISTERTREFFEN ZÜGIGE KOMPROMISSFINDUNG ZUM TSM-PAKET

In einem informellen Ministerdinner am 21.01.2015 trafen sich Kommissar *Günther Oettinger* (Digitale Wirtschaft und Gesellschaft) und der lettische Ratspräsident *Anrijs Matiss* mit den in den Mitgliedstaaten für digitale Themen zuständigen Ministern, um bei einem informellen Abendessen die gegenseitigen Positionen zum Verordnungsvorschlag über Maßnahmen zum Europäischen Binnenmarkt für elektronische Kommunikation (TSM-Paket) auszuloten. Dabei warb *Oettinger* bei den Mitgliedstaaten um politische Unterstützung für eine zügige Kompromissfindung zum von der KOM vorgeschlagenen Paket über Maßnahmen zum Europäischen Binnenmarkt für elektronische Kommunikation (TSM-Paket, EB 07/14 und 15/13). Um die Fragmentierung der Märkte zu überwinden und den europäischen digitalen Binnenmarkt zu schaffen, müsse das Paket nun zügig verabschiedet werden. Dazu sei die KOM zu einem pragmatischen Vorgehen bereit und räume für die endgültige Abschaffung der Roaming-Gebühren und für die weitergehende Harmonisierung der Frequenzpolitik mehr Zeit als ursprünglich vorgesehen ein. Angesichts der Beschränkung auf das Thema Netzneutralität und einen Zeitplan für Roaming, die in den Mitgliedstaaten breite Unterstützung fand, äußerte sich der Kommissar zuversichtlich, dass die Trilogverhandlungen mit dem EP schon im März beginnen können und damit noch in diesem Jahr das TSM-Paket in Kraft treten könnte. Außerdem stelle *Oettinger* erste Eckpunkte einer neuen Strategie für den digitalen Binnenmarkt (DSM-Strategie) vor, wobei er konkrete Vorschläge erst für Mai 2015 ankündigte. Elemente dieser Strategie seien



die Überwindung der Fragmentierung der Märkte, Schaffung eines Level Playing Fields für alle IKT-Unternehmen, Setzen von Investitionsanreizen, Verbesserung des Verbraucherschutzes, Urheberrechts- und Datenschutzreform u. a. Zur DSM-Strategie kündigte *Oettinger* zwei Orientierungsdebatten an, eine auf politischer Ebene und die andere mit Interessenvertretern aus Industrie, Verbänden und Netzaktivisten. Außerdem bat er die Minister um Unterstützung für seinen Plan, in diesem oder im nächsten Jahr einen europäischen Rat ausschließlich für digitale Themen zu organisieren.

Günther Oettinger auf der Homepage der Kommission (engl.):

http://ec.europa.eu/commission/2014-2019/oettinger_en

EP: BERICHTSENTWURF ZUM EUROPÄISCHEN FILM IM DIGITALEN ZEITALTER VORGELEGT

Bogdan Brunon Wenta (MdEP, EVP/ POL) stellte am 20.01.2015 im EP-Kulturausschuss seinen Berichtsentwurf zum europäischen Film im digitalen Zeitalter vor. Darin wird die ökonomische und kulturelle Bedeutung des europäischen Films hervorgehoben. Schließlich ist die gesamte Filmbranche in Europa eine der größten weltweit. Problematisiert wird jedoch die geringe Verbreitung der Filme innerhalb Europas. Hier müsse die öffentliche Finanzierung sinnvoller genutzt und die Digitalisierung als Chance begriffen werden. Bis zum 04.03.2015 können Änderungsvorschläge zum Berichtsentwurf eingereicht werden.

Link zum Berichtsentwurf:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?>

EUROPÄISCHE RUNDFUNKUNION FORDERT KLARE REGELN FÜR NETZNEUTRALITÄT

In einem offenen Brief vom 20.01.2015 fordert die Europäische Rundfunkunion (EBU) gemeinsam mit zahlreichen Stakeholdern von den europäischen politischen Entscheidungsträgern klare Regeln zur Netzneutralität bei der Schaffung eines digitalen Binnenmarktes (EB 07/14). Nur ein offenes, transparentes und sicheres Internet könne zu mehr Innovationen und Vertrauen der Bürger führen. Zum Bericht der Abgeordneten *Julia Reda* (MdEP, Grüne EFA/ DEU) zur Urheberrechtsreform wurden von der EBU weniger Schranken bei der Verbreitung von digitalem Inhalt gefordert, um die legale Verfügbarkeit von online Angeboten zu vereinfachen.

Offener Brief der EBU:

<http://www3.ebu.ch/contents/news/2015/01/net-neutrality-coalition-urg-es-e.html>

Stellungnahme zur Urheberrechtsreform:

<http://www3.ebu.ch/contents/news/2015/01/european-parliaments-copyright-r.html>



GROSSBRITANNIEN FORDERT ZÜGIGE EINIGUNG AUF EINHEITLICHE REGELN FÜR DIGITALEN BINNENMARKT

Bei einer Vortragsveranstaltung in Brüssel Ende Januar betonte der britische Minister für Unternehmen, Innovation und Qualifikationen *Vince Cable* die Bedeutung eines einheitlichen europäischen Regelwerks für das Internet. Die lettische Ratspräsidentschaft müsse Fortschritte bei der Frage des digitalen Binnenmarktes machen, um verstärkt Innovationen in Europa zu ermöglichen. Ein einheitlicher digitaler Markt würde seiner Auffassung nach zu einem volkswirtschaftlichen Wachstum bis zu 340 Mrd. € in der EU führen.

Britisches Positionspapier zum digitalen Binnenmarkt abrufbar unter:

<https://engage.number10.gov.uk/digital-single-market/>

IMPALA FORDERT KULTUR ALS KERNSTÜCK DES DIGITALEN BINNENMARKTES

Die Organisation der unabhängigen Musikunternehmen in Europa (IMPALA) hat einen digitalen Aktionsplan veröffentlicht, in dem gefordert wird, den kulturellen und kreativen Sektor als Herzstück des digitalen Marktes zu begreifen und die Industriepolitik dementsprechend anzupassen. Urheberrecht als Grundlage der Kreativität müsse geschützt und der Handlungsspielraum von Akteuren wie YouTube klargestellt werden. Ein Zehn-Punkte-Plan sieht v. a. eine forcierte Nutzung des Internets vor, während gleichzeitig der Pluralismus und Schutz kleiner Unternehmen sichergestellt werden soll. Des Weiteren wird eine bessere finanzielle Unterstützung und ein gerechteres Steuersystem gefordert. Aus dem EP-Kulturausschuss begrüßte *Sabine Verheyen* (MdEP, EVP/ DEU) die konkreten Vorschläge zur Förderung der Kreativwirtschaft in einem digitalen Binnenmarkt.

Pressemitteilung der IMPALA:

<http://www.impalamusic.org/content/promoting-europes-digital-market-through-culture-independent-labels%C2%A0launch-ten-point-Action>

PACE BESORGT ÜBER MEDIENFREIHEIT IN EUROPA

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE) verabschiedete am 28.01.2015 eine Resolution, in der die Medienfreiheit als zentrale Voraussetzung für Demokratie und den Menschenrechtsschutz deklariert wird. Die nationalen Parlamente sollen demnach aktiv werden und insbesondere den Schutz von Journalisten sicherstellen.

Pressemitteilung der PACE:

<http://assembly.coe.int/nw/xml/News/News-View-EN.asp?newsid=5414&lang=2&cat=8>